

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 243 · 21. JAHRGANG · AUSGABE 4/2015 VOM 28. MÄRZ 2015 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Niederbayern bauen**
»Solarpark Eisenspalterei«
Fragen von Stadtverordneten

9 | **De Maiziere und**
das Kirchenasyl
Neues vom braven Soldaten Schweyk

14 | **Erinnerungen**
an den April 1945
70 Jahre ist es her!

Geheime Kreiswerke Barnim

Verstoß gegen Grundsatz der Öffentlichkeit bei Ausschusssitzungen beim KT Barnim

Am 25.03.2015 fand eine »Sondersitzung« der Kreistagsausschüsse A4 und A5 zum Thema kreisliche Energiewerke statt. Als ein an Energiefragen interessierter Bürger wollte ich an der Beratung teilnehmen. Die Beratung sollte jedoch unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, was das Kreistagsbüro und die Untere Kommunalaufsicht des Landkreises auf meine Nachfragen hin bestätigten und als korrekt befanden. Daraufhin beanstandete ich die Verfahrensweise und empfahl die Vertagung und Neueinladung zu einer öffentlichen Sitzung.

Zu Beginn der Sitzung war ich dann anwesend. Dezernent Carsten Bockhardt forderte mich vor der Eröffnung der Sitzung auf, den Saal zu verlassen. Er informierte die Anwesenden, daß die von mir angerufene Kommunalaufsicht den Ausschluß der Öffentlichkeit bestätigt habe. Das Ausschußmitglied Jürgen Hintze stellte die Korrektheit der Verfahrensweise infrage und beantragte die Öffentlichkeit der Sitzung mit der Maßgabe, eventuell nichtöffentliche Belange in einem Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln. Für den Fall der Ablehnung wollte er sodann die Vertagung der Sitzung beantragen. Darüber wurde jedoch erst in der nichtöffentlichen Sitzung entschieden.

Ich bat um das Wort, was der Vorsitzende des Ausschusses A5, Holger Lampe, erlaubte. Ich begründete mit wenigen Worten die Unzulässigkeit des Ausschlusses der Öffentlichkeit, zumal der zugrunde liegende Kreistagsbeschuß ausdrücklich betont hatte, daß die Bürgerinnen und Bürger diesen Prozeß mittragen und mitbegleiten müssen. Ich verwies auch darauf, daß laut Geschäftsordnung zu Beginn jeder Ausschusssitzung eine Einwohnerfragestunde durchzuführen sei. Schon deshalb müsse die Tagesordnung auch einen öffentlichen Teil enthalten. Ich legte den Abgeordneten nahe, sich nicht leichtfertig über demokratische Spielregeln hinweg zu setzen. Danach verließ ich den Versammlungsraum und wartete gemeinsam mit einem zweiten Bürger, der auch an der Beratung teilnehmen wollte, das Ende der Versammlung ab. Danach erfuhren wir, daß die Anträge von Jürgen Hintze mit großer Mehrheit abgelehnt worden waren.

Zur rechtlichen Bewertung der Verfahrensweise:

1. Eingeladen wurde zu einer »Sondersitzung«. Den Begriff der Sondersitzung kennen die Brandenburger Kommunalverfassung, die Hauptsatzung des Landkreises Barnim und die Geschäftsordnung des Kreistages nicht. Die Wahl dieses Begriffes soll wohl den Eindruck erwecken, daß die üblichen Regeln für Ausschusssitzungen in diesem Fall nicht gelten.
2. Die Einladung benennt nur das Thema: kreisliche Energiewerke. Eine Tagesordnung wurde nicht aufgestellt.
3. Die Einladung ist nicht unterschrieben. Erstellt wurde diese wohl durch die Protokollantin des A5 im Auftrag. Um gültig zu sein, hätten sie beide Ausschußvorsitzenden unterzeichnen müssen.
4. Zeit, Ort und Tagesordnung der Ausschusssitzung sind nicht öffentlich bekannt gemacht worden.
5. Die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen, weil es »dabei auch um die Vorbereitung eines Vergabeverfahrens handelt«. Da es offenkundig nicht nur um die Vorbereitung eines Vergabeverfahrens ging, war es gemäß dem Grundsatz der Öffentlichkeit geboten, die Sachverhalte in einen öffentlichen und einen nicht öffentlichen Teil zu trennen. Das wurde versäumt und nach dem Antrag von Jürgen Hintze sogar abgelehnt.
6. Der Einladung waren keine Beschluß- oder sonstige Unterlagen beigefügt. Solche befanden sich dann zu Beratungsbeginn auf den Tischen.

Mit solchen Praktiken der Tischvorlagen werden nicht nur die Bürger außen vor gelassen, sondern auch die eingeladenen Beratungsteilnehmer gedrängt, zu Sachverhalten zu sprechen und zu entscheiden, mit denen sie sich nicht zuvor inhaltlich auseinandersetzen konnten. Symptomatisch und bedauerlich, daß sich Abgeordnete das bieten lassen. 7. Die genannten Tischvorlagen enthalten an keiner Stelle schutzbedürftige Informationen im Interesse des öffentlichen Wohles oder Rechte Dritter, und rechtfertigen in keiner Weise, die Öffentlichkeit von der Teilnahme an der Beratung auszuschließen.

Aus vorstehenden Gründen durfte die gemeinsame Beratung der Ausschüsse A4 und A5 am 25.03.2015 nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Die Durchführung der Sitzung, die Beratung und die eventuellen Entscheidungen sind rechtswidrig. Die Sitzung ist als öffentliche Sitzung zu wiederholen.

ALBRECHT TRILLER

(Mit den dargestellten Sachverhalten hat sich der Autor inzwischen an die Obere Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg gewandt.)



Geheimnisse gibt es auch am ersten April-Wochenende. Es ist Ostern. Am Sonntag suchen vor allem Menschen jüngerer Alters nach Sachen, die ihnen der Osterhase versteckt hat.

Redaktion und Vereinsvorstand der »Barnimer Bürgerpost« wünschen allen Leserinnen und Lesern ein frohes und erholsames Osterfest.

*Dr. MANFRED PFAFF, Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
GERD MARKMANN, Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«*

Frieden schaffen

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland setzt sich Verteidigungsministerin URSULA VON DER LEYEN seit langem für die Gründung einer gemeinsamen Armee der Staaten der Europäischen Union ein. Diese Idee wurde zuletzt am 8. März von JEAN-CLAUDE JUNCKER, dem Präsidenten der Europäischen Kommission nachdrücklich unterstützt.

Diese konservativen Politiker wollen nach eigenen Angaben mit militärischer Stärke Rußland einschüchtern. Die Sozialdemokratische und die Grüne Partei unterstützen den Vorschlag, während die Linkspartei dagegen ist.

Wie wir wissen, lassen sich die Russen nicht einschüchtern. Das haben in der Vergangenheit schon ganz andere Typen versucht. So gesehen ist das dummes Zeug.

Was verbirgt sich also hinter dem Ausbau einer europäischen Armee? Zunächst verfügt die europäische Kommission über beträchtliche Mittel, die sich die Rüstungsbetriebe im Sinne des technischen Fortschritts und der Sicherung von Arbeitsplätzen nicht entgehen lassen können. Das Geld ließe sich sicher nutzbringender ausgeben. In Summe könnte man trotz dem Mittel einsparen, wenn die Mitgliedstaaten im Gegenzug ihre Ausgaben für Rüstung und Personal verringern würden.

Vielleicht macht die griechischen Regierung den Anfang, vertraut auf den Schutz durch die gemeinsame europäische Armee und spart zukünftig an den Ausgaben für Rüstung? Bestimmt findet sich auch da und dort ein Panzer, Kriegsschiff oder Flugzeug, daß aus den nationalen Armeen an die europäische übergeben werden könnte? Dann würden die Rüstungsbetriebe leer ausgehen. Auch könnten verschuldete Staaten durch Übertragung von militärischem Gerät ihre Verbindlichkeiten gegenüber der Europäischen Union verringern. Eine europäische Armee würde auch langsamer reagieren, weil immer die nationalen Regierungen gefragt würden. Die Mitgliedstaaten würden ohnehin friedlicher, weil sie ihrerseits besonders fleißige Antreiber zur europäischen Armee schicken würden, um dort die abschreckende Wirkung zu erhöhen. Stellen sie sich die Islamisten vor, wenn sie gegen die Bärin Ursula antreten sollen.

Außerdem richtet sich der Aufbau einer Armee der Europäischen Union gegen die Organisation des Nordatlantikvertrages und stellt eine Emanzipation der Europäer von den Vereinigten Staaten dar. Dann müßte der Verteidigungsminister von Malta nicht mehr den amerikanischen sondern den europäischen Befehlshaber anrufen, wenn er libysche Schlauchboote vor seinen Küsten gesichtet hätte.

Wie Sie sehen, haben die Vorschläge zur Schaffung einer europäischen Armee genügend Potential zur realen Abrüstung.

Auf alle Fälle sollte man die Sache nicht den konservativen Politikern überlassen, denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF

Das Anklamer Friedensforum

Das 21. Jahrhundert wird davon bestimmt sein, Frieden in der Welt nicht mehr nur als moralisches Anliegen, sondern als die Grundlage für den Fortbestand unserer Zivilisation zu betrachten. Im gleichen Sinne ist der Schutz der Natur zu einer Überlebensfrage unseres Erdballs geworden. Ohne Frieden und Schutz der Natur gibt es für niemand, arm oder reich, eine Zukunftschance. Dies zu begreifen fällt schwer. Gefragt sind nicht periodische, moralische Appelle, sondern wissenschaftlich begründete, richtige politische Entscheidungen, die sachliche Information der Bürger und die konsequente Erziehung vor allem junger Menschen im Sinn dieser beiden Grundwerte unserer Zivilisation. Demgemäß kommt einem Projekt »Frieden zwischen den Menschen und mit der Natur« enorme Bedeutung zu. Initiativen solcher Art können insbesondere dort erfolgreich organisiert werden, wo es diesbezügliche historische Bezugspunkte und eine schützenswerte Landschaft gibt.

Die Hansestadt Anklam kann auf beide Voraussetzungen verweisen. Das ehemalige Militärgefängnis hat einen bedeutenden historischen Wert für Deutschland und die internationale Friedensbewegung. Im angrenzenden

Peene-Delta und auf der Insel Usedom andererseits gibt es staatlich anerkannte Naturschutzprojekte. Darüber hinaus hat Anklam aber noch zwei weitere Vorteile. Der Anklamer Otto Lilienthal ist nicht nur ein weltbekannter Flugpionier, sondern auch einer der großen Geister der Menschheit, der frühzeitig auf die Bedeutung der Friedenserhaltung für unsere Zivilisation hingewiesen hat. Keineswegs zuletzt, zeichnet sich Anklam für eine solche Initiative durch seine geographische Lage nahe der polnischen Grenze aus. An dieser Grenze begann der zweite Weltkrieg und bis heute sind die Wunden vergangener deutsch-polnischer Konflikte nicht völlig verheilt. Mit einem Projekt »Frieden zwischen den Menschen und mit der Natur« können wertvolle Schritte zur weiteren Aussöhnung der beiden Völker im Geiste Europas aber auch für den gemeinsamen Schutz der grenznahen Naturparks getan werden.

aus der »Konzeption Stiftungsarbeit im ehemaligen Wehrmachtsgefängnis Anklam«
der Stiftung »Zentrum für Friedensarbeit · Otto Lilienthal · Hansestadt Anklam«

(vgl. »Alt werden – (k)ein Kunststück. Buchlesung mit Prof. Stephan Tannenberger« in BBP 3/2015)

Neue Ideen für die Einwohnerversammlungen

Mit Freunde nahmen wir das konstruktive Umdenken in der Verwaltung zum Bürgerbudget zur Kenntnis. Es ist bürgerfreundlich, den Abstimmungstag auf einen Sonnabend im Spätsommer zu legen und mit einem familienfreundlichen und generationsübergreifenden Event im Eberswalder Familiengarten zu kombinieren. Gern folgten wir der Bitte, Vorschläge zur Verbesserung der Einwohnerversammlungen zu machen. Die Termine sollten über das gesamte Jahr verteilt werden und möglichst sonnabends stattfinden, um auch Berufstätigen eine Teilnahme zu ermöglichen. Die vorge-

schlagenen Ortsteilrundgänge könnten vorab als zusätzliche Angebote stattfinden. Zu überlegen wäre, die Einwohnerversammlungen kulturell zu begleiten und verdiente Einwohnerinnen und Einwohner aus dem Ortsteil zu würdigen. Zuweilen motiviert schon ein öffentlicher Dank und ein einfacher Blumenstrauß und spornet zu weiteren guten Taten an. Dem Stadt seniorenbeirat schlagen wir vor, senioren spezifische Angelegenheiten mittels eigener Veranstaltungen in den Ortsteilen zu behandeln.

CARSTEN ZINN, Fraktionsvorsitzender
ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE

B90/Grüne Barnim:

Neuer Kreisvorstand gewählt

Am 10. März stand bei den Barnimer Bündnisgrünen turnusmäßig die Neuwahl des Kreisvorstandes auf der Tagesordnung. Als Sprecherin wiedergewählt wurde Elke Rosch aus Lüdersdorf. Zweiter Sprecher ist nunmehr Thomas Dyhr aus Bernau, der dem Vorstand bisher als Beisitzer angehörte. Die langjährige Schatzmeisterin Regina Satzer aus Panketal wurde ebenfalls in ihrem Amt bestätigt. Die Mitglieder des Kreisverbandes dankten dem bisherigen Sprecher Stefan Böhmer aus Wandlitz herzlich für seine erfolgreiche Arbeit in den letzten Jahren. Er hatte aufgrund seiner neuen Funktion als Kreistagsmitglied und Fraktionsvorsitzender der grünen Kreistagsfraktion nicht mehr für den Vorstand kandidiert.

THOMAS DYHR

SPD Eberswalde umgezogen

Eberswalde (bbp). Die SPD hat kürzlich neue Räume am Karl-Marx-Platz 4 bezogen. Die beiden Abgeordneten Stefan Zierke (Bundestag) und Daniel Kurth (Landtag) bilden hier eine Bürogemeinschaft mit der SPD-Kreistagsfraktion und der Eberswalder Stadtfraktion, die unter dem Namen DIE SPD firmiert. »So haben wir kurze Wege zwischen den politischen Ebenen und können in schnellen Kontakt zur Kreis-, Landes- und Bundesebene treten«, erläutert der Stadtfraktionsvorsitzende Hardy Lux. In der neuen Bürogemeinschaft sei die Stadtfraktion Montag bis Donnerstag von 9 bis 17 Uhr und am Freitag von 9 bis 12 Uhr ansprechbar (Telefon: 03334/22246, eMail: stadtfraktion@spd-eberswalde.de).

www.maxe-eberswalde.de

Mühlenverein:

»Kleine Fertigstellung« gefeiert – »große« folgt am Jahresende

Was von Studenten der HNEE einmal ins Leben gerufen, wurde im letzten Herbst durch die »alten Hasen« im Verein fertig gestellt und durch die Müllerinnen und Müller nun mit einem Wildschweinbraten endgültig in Betrieb genommen – der Backofen im Garten der Zainhammermühle.

Schon zum WeihnachtsKUNSTmarkt 2012 konnten die Besucher frisch Gebackenes von Bäcker Dellinger aus dem Ofen genießen, aber der Schornstein war nur ein Provisorium und das Dach noch gar nicht drauf.

Und eigentlich sollte er auch zum WeihnachtsKUNSTmarkt 2014 qualmen, der Backofenschornstein. Nur leider wurden die Bauarbeiten durch widere Umstände im Frühjahr 2014 gestoppt und konnten erst zum Jahresende fortgeführt werden.

Und so hofft der Kunstverein nun, seine erste Gemeinschaftsausstellung im Herbst 2015 eröffnen zu können und spätestens zum Jahresende auch die Sanierungsarbeiten am gesamten Mühlengebäude zu beenden, also die »große Fertigstellung« dann begehen zu können.

Zunächst einmal laden wir alle ehemaligen Helfer, die zu den Freiwilligentagen der Stadt Eberswalde am Ofen mitgebaut haben, und alle Interessierten zum Frühlingsempfang des



Vereinsmitglieder vor dem neuen Backofen im Garten an der Zainhammer Mühle.

Bürgermeisters am 25.4.15 in den Garten der Zainhammermühle ein. Es wird frisch »Gebackenes« zum Naschen geben und man kann die Baustelle der Mühle besichtigen.

Wer Lust hat, auch künftig im Ofen selbst Brot, Kuchen oder andere Leckereien zu backen, ist herzlich eingeladen, sich der Backofengruppe des Vereins anzuschließen. Er-

fahrungen müssen noch beim Backen gesammelt und Rezepte müssen ausgetauscht und ausprobiert werden.

Wer Interesse am Mitmachen hat, meldet sich bitte beim »Chef der Backofengruppe« Rolf Thiele unter Kwerkus@googlemail.com oder 03334/657 484.

VERONIKA BRODMANN

Niederbayern bauen »Solarpark Eisenspalterei«

Die Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE fragt nach

Eberswalde (bbp). Am 26. März berieten die Eberswader Stadtverordneten u.a. über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 504 »Solarpark Eisenspalterei«. Projekt- und Vorhabenträger ist die Envalue GmbH aus Hofkirchen in Niederbayern. Deren Ziel ist der Bau einer 3,5 MW-Freiflächen-Solaranlage auf dem Gelände der ehemaligen Chemischen Fabrik. Vermarktet wird die Fläche von der bundeseigenen Gesellschaft zur Entwicklung und Sanierung von Altstandorten mbH (GESA), einer der Nachfolgesellschaften der Treuhand.

Am 10. März gab es eine Vorberatung im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt (ABPU), um die bauplanerischen Aspekte der Beschlussvorlage abzuhandeln.

Die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde monierte nun die fehlende Behandlung der wirtschafts- und energiepolitischen Aspekte des »Solarparks Eisenspalterei«.

»Das Anliegen des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes der Stadt sowie die stadtentwicklerischen Zielstellungen«, so die Fraktion, »sollten nicht zuletzt durch hier in der Stadt und in der Region vorhandene Potentiale umgesetzt werden«. Die Stadt Eberswalde verfüge mit ihren Technischen Werken (TWE) und der Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) bzw. deren Solarstrom-Tochter über kompetente Unternehmen, die Projekte wie den »Solarpark Eisenspalterei« eigenständig oder in Kooperation mit Partnern, wie zum Beispiel der Envalue GmbH, umsetzen können.

Auch auf Kreisebene gebe es teilweise sehr erfolgreiche Bemühungen, selbst auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien tätig zu wer-

den. In der Diskussion ist beispielsweise die Schaffung von Kreiswerken zur Produktion Erneuerbarer Energien, an der sich möglicherweise sogar die Städte und Gemeinden des Landkreises Barnim beteiligen könnten. Schließlich könne so ein Solarpark in kommunaler Hand bzw. unter kommunaler Beteiligung auch Chancen für eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – Stichwort: Bürgersolaranlage – bieten. Nachfolgend die Fragen der Fraktion und die Antworten der Eberswalder Baudezernentin ANNE FELLNER:

1. Hat die Flächeneigentümerin bei ihrer gezielten Suche nach Investoren für Photovoltaikanlagen ihre Flächen auch der Stadt bzw. deren Tochtergesellschaften oder dem Landkreis und dessen Tochtergesellschaften angeboten? Wenn ja, wie haben Stadt und Landkreis bzw. deren Gesellschaften auf die Angebote reagiert?

Weder der Stadt, die diesbezüglich auch nicht als Investor auftreten kann, noch den Tochtergesellschaften TWE und SSGE sind die

Flächen des künftigen »Solarparks Eisenspalterei« angeboten worden.

Die TWE haben kein Interesse, da das Risiko aus den Altlasten (hier sei insbesondere die Wasserhaltung erwähnt) zu groß ist. Des Weiteren wäre eine Anlage in der Größenordnung, wie die Envalue GmbH sie plant, vom Investitionsvolumen zu groß für die TWE.

Auch die SSGE hat auf Nachfrage geantwortet, daß die Investition in eine Freiflächenanlage dieser Größenordnung zu groß ist.

Die BEG (Herr Simon) darf aus ihrem Gesellschaftszweck heraus nur beratend tätig sein. Insofern besteht keine Möglichkeit zum Kauf bzw. Betrieb einer solchen Anlage.

2. Gibt es für die Flächen des »Solarparks Eisenspalterei« ein Vorkaufsrecht durch die Stadt Eberswalde?

Der Stadt Eberswalde steht weder ein allgemeines Vorkaufsrecht nach § 24 BauGB noch ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 BauGB zu, da die Voraussetzungen hierfür nicht vorliegen.

»Maddin macht es«

SV Motor Eberswalde mit neuer Führung

Eberswalde (cz/bbp). Der mit 876 Sportlern mitgliederstärkste Eberswalder Sportverein, der SV Motor Eberswalde, hat auf seiner Jahreshauptversammlung am 25. März eine neue Vereinsspitze gewählt.

Der langjährige Vorsitzende des SV Motor Eberswalde Sportfreund Dr. VOLKER MIELKE kandidierte nicht erneut für den Vorsitz, blieb aber im Vorstand. Künftig wird er sich vor allem um die organisatorischen Dinge im Zusammenhang mit der Vereinssporthalle in der Potsdamer Allee kümmern.

Neuer Vorsitzender wurde der örtliche »FDP-Frontmann« und Stadtverordnete Martin Hoeck. Er wurde für 4 Jahre gewählt.

Der SV Motor verspricht sich von der Personalauswahl vor allem einen guten Kontakt zur Stadtverwaltung mit Bürgermeister Friedhelm Boginski an der Spitze, der der gleichen Partei wie Hoeck angehört.



Foto: GERD MARKMANN

Martin Hoeck ist außerdem ehrenamtlicher Vorsitzender des Ortsverbandes der FDP und Mitglied des Landesvorstandes, seit 2008 Stadtverordneter, stellvertretender Vorsitzender der Stadtfraktion der FDP und des städtischen Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde. Darüber hinaus ist er Mitglied im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt und Mitglied in den Aufsichtsräten der stadteigenen Gesellschaften WHG und TWE. Bei der TWE leitet er seit 2014 den Aufsichtsrat. In seinem Heimatortsteil, dem Brandenburgischen Viertel, engagiert er sich im Sprecherrat »Soziale Stadt«. Sein Interesse an der Heimatgeschichte zeigt er durch die Mitgliedschaft im Eberswalder Heimatkundeverein. Er gehört den Fördervereinen der Schwärzeseegrundschule, des Humboldt-Gymnasiums und des Finower Wasserturms an und ist Mitglied der Bürgerstiftung Barnim Uckermark.

Martin Hoeck ist Student. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Potsdam, Berlin (HU) und Zürich (Schweiz) mit Schwerpunkt im Europa- und Völkerrecht von 2006 bis 2012 begann er im Oktober 2012 ein Studium der Regionalstudien Asien/Afrika mit Schwerpunkt Südostasien an der Humboldt-Universität zu Berlin. Laut seiner Internetseite arbeitet er nebenher seit 2010 bei der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung in Potsdam.

»Sicher ohne Grünpfeil« oder:

Dümmert gehts nimmer

»Sicher ohne Grünpfeil« titelt ein namentlich nicht gezeichneter Beitrag in der aktuellen März-Ausgabe des Magazins für das Stadtzentrum von Eberswalde »report«. Im Zuge des »Ausbaus der Eisenbahnstraße«, so wird mitgeteilt, sind die Verkehrsregelungen an der Kreuzung am Karl-Marx-Platz und an der Einmündung der Puschkinstraße in die Eisenbahnstraße (an der Volksbank) »überarbeitet« worden. Konkret heißt es: »Dort, wo einst Autofahrer mit Hilfe des Verkehrszeichens Grünpfeil zügig abbiegen konnten, wenn es die Verkehrslage erlaubte, müssen sie heute warten, bis die Ampel den Verkehr frei gibt.«

Dieser Vorteil wurde abgeschafft. Und warum? Weil »der Grünpfeil ... auch Nachteile« hat. Der Grünpfeil kann beispielsweise »andere Verkehrsströme an der Kreuzung stören, insbesondere Linksabbieger aus der Gegenrichtung«.

Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: »Linksabbieger aus der Gegenrichtung«. Der Grünpfeil hat nur Wirkung, wenn die Ampel auf Rot steht. Wie kann es da Linksabbieger aus der Gegenrichtung geben? Dieser report-Artikel erschien wohl nicht ohne Grund ohne namentliche Kennzeichnung.

Aber es werden noch weitere Nachteile des Grünpfeils aufgezählt, wie zum Beispiel »die Störung Grüner Wellen, in die Grünpfeilnutzer einfahren«. Eine neuerliche Überraschung. Wo gibt es in Eberswalde Grüne Wellen?

Spätestens jetzt dürften sich die wenigen, die den Quatsch weiterlesen, völlig verarscht vorfinden. Die Propaganda der sogenannten Projektgruppe »Grünpfeil« der Bundesanstalt für Straßenwesen wird ungefiltert wiedergegeben, um die Abschaffung der Grünpfeile in Eberswalde zu rechtfertigen ohne die wirklichen Gründe offenlegen zu müssen. Bei der allgemeinen Anti-Grünpfeil-Propaganda spielt möglicherweise mit, endlich ein letztes Überbleibsel aus DDR-Zeiten über den Jordan gehen zu lassen. In Eberswalde dürfte dieses Motiv untergeordnet sein. Hier geht es wohl eher um eine Rechtfertigung für die Umgehungsstraße – was aber nicht gesagt wird.

Die an die Wand gemalten Gefährdungen wurden erst mit dem Umbau der Kreuzungsbereiche eingebaut. Beispielsweise durch die völlig überflüssige zusätzliche Fußgängerquerung an der Einmündung Puschkinstraße. Innerhalb von gut 100 Metern gibt es 3 weitere Fußgängerampeln. Hier ist es nur eine Frage der Zeit, daß ein Unfall passiert, denn die Fußgänger haben Grün, wenn der Verkehr aus der Puschkin-

straße freigegeben ist. Vor dem Ausbau hatten Grünpfeil-Abbieger aus Richtung Karl-Marx-Platz bei roter Ampel den Vorteil, daß zugleich auch die Fußgänger in der Puschkinstraße Rot sahen. Die heutigen Gefährdungen sind durch den Ausbau erst bewußt herbeigeführt worden.

Es ist also eine dreiste Lüge, wenn behauptet wird, der Grünpfeil sei abgeschafft worden, um »schwächere Verkehrsteilnehmer« zu schützen. Es ging vielmehr darum, den Verkehrsfluß möglichst von der Friedrich-Ebert-Straße fernzuhalten, das hatte die Baudezernentin Anne Fellner in einer frühen Planungsphase offen ausgesprochen. Der Verkehr soll weiter auf der Eisenbahnstraße in Richtung Kreuzung Friedensbrücke rollen. Dort sollen künftig, wie schon im Kreuzungsbereich an der Sparkasse, wo mit Zwischenstopps zu rechnen ist, die »By-Passe« abgeschafft werden. Statt eines sich selbst regelnden Kreisverkehrs, wie vorgeschlagen wurde, sollen auch an der Friedensbrücke Ampeln den Kreuzungsverkehr regeln. Selbstverständlich ohne Grünpfeil.

Es ist offensichtlich – aber nicht offen erklärt – das Ziel der Eberswalder Verkehrsplaner, bisher zügig fließenden Verkehr an roten Ampeln warten zu lassen. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wird der Verkehrsfluß künstlich gestört. Irgendwie muß doch endlich in die Köpfe der Eberswalderinnen und Eberswalder kommen, daß wir die sogenannte Umgehungsstraße »brauchen«. Obwohl schon seit Jahren bewiesen ist, daß die Eberswalder Verkehrsprobleme von der B167-neu nicht gelöst, sondern zum Teil sogar verstärkt werden, weil Verkehre über Straßen umgeleitet werden, die derzeit gar nicht dafür ausgelegt sind. Dem innerstädtischen Verkehr, der den größten Teil der Verkehrsbewegungen in Eberswalde umfaßt, nützt die Umgehung ohnehin kaum.

GERD MARKMANN

Nein zum »Eberswalder Sportlobbyismus«

Eberswalde (bbp). Bei der städtischen Sportförderung dürfe künftig »die zweifelhafte Kraft des Eberswalder Sportlobbyismus keine Rolle mehr spielen«, fordert Götz Herrmann von der Bürgerfraktion Eberswalde. Bei Investitionsentscheidungen sollten der Schulsport und alle sportbegeisterten Eberswalderinnen und Eberswalder im Mittelpunkt stehen.

Vor dem Hintergrund demografischer Entwicklungen und der künftigen Haushaltslage

der Stadt müsse man sich aber auf die wichtigsten Sportstandorte der Stadt konzentrieren. Diese Standorte sollten »gleichberechtigt und ihrer wirklichen Auslastung entsprechend ausgebaut und saniert werden«, so Herrmann. »Kleine Vereine werden in Zukunft zusammenrücken oder sich zu einer Zusammenarbeit aufraffen müssen.«

Dies wird sich in der Sportentwicklungskonzeption der Stadt Eberswalde widerspiegeln, die noch in diesem Jahr vorgestellt werden soll.

Brauchen wir einen Kulturbeirat?

Kulturforum am 18. April im Bürgerbildungszentrum »Amadeu Antonio«

Liebe Kulturakteure, gerne lade ich Sie/Euch im Auftrag des Kulturbeirates zu einem Kulturforum am Samstag, den 18.4., um 13 Uhr in den Saal des Bürgerbildungszentrums Amadeu Antonio ein. Wir möchten uns mit der provokanten Fragen beschäftigen: »Brauchen wir einen Kulturbeirat?«

Die Frage ist dabei keineswegs rhetorisch gestellt. Vielmehr möchten wir ergebnisoffen diskutieren, auf welche Weise wir, die Kulturakteure, am Besten auf kulturpolitische Fragestellungen Einfluß nehmen können. Als zwei Modelle stehen einflußreiche Einbindung in formelle Prozesse der Entscheidungsfindung (Bei-

rat) und ein interessengeleiteter Zusammenschluss der Akteure ohne festen formellen Rahmen (Forum) zur Debatte. Beide Formen haben zahlreiche Vor- und Nachteile, die wir gemeinsam diskutieren sollten.

Die Erfahrungen mit dem Kulturbeirat und die Erfahrungen des Kulturbeirates sollen dabei die Grundlage sein. Die Stadtverordneten sind ebenfalls herzlich eingeladen, unserer Diskussion zu folgen.

Ich hoffe auf eine rege Teilnahme, denn es geht immerhin um unsere Rolle in der Stadt.

ANDREAS GLÄßER,

Vorsitzender Kulturbeirat Eberswalde

Ein »Ehrenkodex« für Stadtverordnete?

Eberswalde (bbp). Am 26. März wurde den Stadtverordneten der Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsstelle 2014 vorgelegt. Wie schon im Vorjahr hielten es Udo Götze und seine beiden Mitstreiterinnen, die in der Stadtverwaltung als Antikorruptionsstelle agieren, für notwendig, den Stadtverordneten zu raten, sich einem »Ehrenkodex« als freiwilliges Bekenntnis zur uneigennützigem und gemeinwohlorientierten Mandatsausübung zu unterziehen. Die Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE nahm zu diesem Ansinnen wie folgt Stellung:

1. Der Stadtverwaltung steht es nicht zu, einen solchen »Ehrenkodex« anzuregen. Es handelt sich um einen unzulässigen Eingriff in das Recht auf freie Mandatsausübung.

Die Stadtverwaltung maßt es sich mit dieser »Anregung« an, den § 29 BbgKVerf »Kontrolle der Verwaltung« faktisch von den Füßen auf den Kopf zu stellen.

2. Ein solcher »Ehrenkodex« für Stadtverordnete widerspricht der Kommunalverfassung § 30 Absatz 1, nach dem die Gemeindevertreter an Aufträge nicht gebunden sind.

3. Ein besonderes Bekenntnis zur uneigennützigem und gemeinwohlorientierten Mandatsausübung ist überflüssig. Die Gemeindevertreter haben nach dem gleichen Paragraphen und Absatz ihr Amt ohnehin nach ihrer freien, dem Gemeinwohl verpflichteten Überzeugung im Rahmen des geltenden Rechts auszuüben. Eine Wiederholung der Regelung der Kommunalver-

fassung durch eine zusätzliche Selbstverpflichtung mittels »Ehrenkodex« macht keinen Sinn. 4. Mit der vorgebrachten »Anregung« werden von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Abgeordneten pauschal unterstellt, daß sie ihr Mandat eigennützig und entgegen dem Gemeinwohl ausüben würden. Beispiele für ein solches Verhalten werden nicht vorgebracht.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die Antikorruptionsstelle der Stadtverwaltung in Folge der aufgedeckten Korruption eines früheren Bürgermeisters eingerichtet wurde. Es war damals in der Stadtverwaltung ein regelrechtes korruptes Klima entstanden, in das auch andere leitende Mitarbeiter der Stadtverwaltung eintauchten. Zuletzt mußte ein Baudezernent wegen korrupten Verhaltens seinen Posten räumen.

Vor diesem Hintergrund bleibt es eine notwendige Aufgabe der Stadtverordneten, die Verwaltung zu kontrollieren.

5. Dem formulierten Ziel, »Entscheidungsprozesse durch umfassende Informationen für jedermann so transparent zu machen, daß das Vertrauen in die Integrität der Mandatsträger gestärkt wird«, trat in der Vergangenheit vorwiegend die Verwaltungsspitze entgegen.

Demgegenüber gab es in den vergangenen Jahren zahlreiche Initiativen seitens der Stadtverordneten, die Transparenz der Stadtverwaltung und der stadt eigenen Unternehmen zu verbessern, die regelmäßig von der Verwaltungsspitze torpediert worden sind.

Ausbildung in der Stadt

Eberswalde (bbp). Im Eberswalder Amtsblatt vom Januar 2015 schrieb der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Volker Passoko: »Während die Kreisverwaltung jährlich etwa 10 Auszubildende einstellt, ist in der Verwaltung der Stadt nur ein Ausbildungsplatz vorgesehen.« Dies nahm die Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE zum Anlaß, auf der Stadtverordnetenversammlung am 26. März nachzufragen:

»Für die zurückliegenden drei Jahre ist leider zu konstatieren, daß mehrfach Versuche fehlgeschlagen sind, vakante Personalstellen durch externe Ausschreibungen kompetent und dauerhaft zu besetzen. Zugleich verlassen kompetente und erfahrende Kräfte die Stadtverwaltung, weil sie hier offensichtlich keine Chancen für ihre berufliche Weiterentwicklung sehen.

Die Stadtverwaltung Eberswalde verfügt über viele überaus fähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dieses Potential muß gepflegt werden. Ihnen muß möglich sein, sich weiterzubilden und entsprechende Aufstiegschancen wahrzunehmen. Die Erfahrungen zeigen, daß die Stadt Eberswalde eine Personalpolitik braucht, die Vertrauen schafft und vorrangig auf die vorhandenen personellen Ressourcen aufbaut. Dies beginnt damit, genügend Ausbildungsplätze bereit zu halten, um die altersbedingt oder aus anderen Gründen ausscheidenden Stadtverwaltungsmitarbeiter aus eigenem Potential ersetzen zu können. Eine Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden und der Kreisverwaltung wäre hier möglicherweise sehr hilfreich.«

Die Fraktion fragte nach der aktuellen Zahl der besetzten Lehrstellen in der Stadtverwaltung, nach der Ausbildungsdauer und der geplanten Zahl an Neueinstellungen für das Ausbildungsjahr 2015/16. Eine zweite Frage zielt darauf, wie viele Lehrlinge pro Jahr eingestellt werden müssen, um die altersbedingte Fluktuation in der Stadtverwaltung auszugleichen.

Auch zur Übernahme nach der Ausbildung und Beschäftigungsgarantien bittet die Fraktion um Auskunft, die auch fragt, welche Regelungen es gibt, »um jenen, die ihre Ausbildung mit guten und sehr guten Leistungen abschließen, eine weitergehende Ausbildung zu ermöglichen und sie zugleich an die Stadtverwaltung zu binden.« Schließlich wird um Auskunft gebeten, wie mit Nachbargemeinden und der Kreisverwaltung hinsichtlich der Ausbildung von Nachwuchskräften zusammengearbeitet wird.

Die Eberswalder Stellplatzsatzung – flexibel muß man sein

Die drei Fraktionen DIE SPD, FDP und Bürgerfraktion Eberswalde beantragten zunächst die Abschaffung der »Stellplatzablösesatzung«. Schnell wurde klar, daß es so eine Satzung gar nicht gibt. Gemeint war die Stellplatzsatzung, die auch die Ablöse regelt. Das wurde korrigiert und ergänzt, daß der Bürgermeister mit der Erarbeitung einer Aufhebungssatzung beauftragt wird, die auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung vorzulegen sei. Kurz vor

der Abstimmung am 26. März fiel schließlich auf, daß hier zwei einander ausschließende Beschlüsse auf einmal gefaßt werden sollten. Beschlüssen wurde schließlich nicht die Abschaffung der Stellplatzsatzung, sondern nur ein Auftrag an den Bürgermeister, »das Verfahren zur Aufhebung dieser Satzung einzuleiten und zu betreiben«. Das läßt fast alles offen. Auch eine Neufassung der Stellplatzsatzung ist bei der gewählten Formulierung nicht ausgeschlossen.

Während die ersten Varianten in den Ausschüssen durchweg abgelehnt wurden, fand die schließlich gefundene salomonische Formulierung in namentlicher Abstimmung eine Mehrheit unter den Stadtverordneten. Dabei hatte das flexible Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion überrascht. Deren Fraktionsvorsitzender Uwe Grohs hatte in den Ausschüssen überzeugend für die Beibehaltung der Stellplatzsatzung argumentiert.

Zwischenräume

Hebwerk-Initiativen in h15 und e69

Eberswalde (bbp). Im Rahmen ihrer Konzeptentwicklung »Leerstand kreativ nutzen« hatten sich mehrere Basisinitiativen organisatorisch im Hebwerk e.V. zusammengetan und sich auf das bis dahin leerstehende Kulturzentrum im Kupferhammerweg 1 konzentriert. Die Vertragsverhandlungen mit der Stadtverwaltung waren schon fortgeschritten, als im Herbst die Niederbarnimer Eisenbahngesellschaft als kommerzieller Nutzer ins Spiel kam.

Auf der Hebwerk-Internetseite ist zu lesen: »Noch haben wir im Eberswalder Zentrum keinen passenden Ersatz gefunden und überbrücken deshalb die Zeit (März, April und Mai) als ZWISCHENRAUM mit zwei getrennten Räumen: der eine befindet sich in einem Souterrainladen in der Eisenbahnstraße 69 (e69), der andere in der Havellandstraße 15 (h15) (Brandenburgisches Viertel, Obus-Haltestelle Brandenburgische Allee). Im Zwischenraum entstehen u.a. eine Offene Werkstatt, ein Offenes Technologielabor und ein Tauschladen.«

Die Suche nach zentral gelegenen gemeinsamen Räumlichkeiten geht unterdes weiter. Die Hebwerk-Aktivisten hoffen dafür nach wie vor auf die von Rathauspitze und Politik zugesagte aktive Unterstützung.

Wer schon mal reinschauen möchte, ist herzlich eingeladen, beim Einrichten bzw. Renovieren zu helfen. Die Initiatoren erklären gerne auch vor Ort, wie die Räume genutzt werden können. Konkretre Anfragen zur Nutzung bitte an: Heinz für h15 heinz@hebwerk-eberswalde.de und Glenn für e69 creativtausch@web.de. Offizielle Treffen finden normalerweise jede erste Woche im Monat in der Eisenbahnstraße 69 und jede dritte Woche im Monat in der Havellandstraße 15 statt.

Friedensrecht

Was nutzt den Bürgern ein Menschenrecht und Menschenwürde wenn sie kein Recht auf Frieden haben
Wir verlangen ein Friedensrecht für alle Völker

DIE ROTE OMA

LINKE Ortsvorsteherin

In Birkenhöhe, Ortsteil von Bernau, wurde am 9.3.2015 eine neue Ortsvorsteherin gewählt. Rita Duschat von den Unabhängigen, seit dem 23.09.2014 im Amt, trat aus gesundheitlichen Gründen zurück.

Bei der Neuwahl erhielt die bisherige Stellvertreterin HEIDI SCHEIDT, zugleich Stadtverordnete der Linksfraktion Bernau, alle drei Stimmen. Frau Scheidt wird nun in Zusammenarbeit mit den zwei anderen Ortsbeiratsmitgliedern für die weitere gute Entwicklung dieses neuen Ortsteils wirken. »Baustellen« gebe es genug, so Scheidt.

CHRISTIAN REHMER

Finower Stadtteilverein vor Gründung

Eberswalde (bbp). Die Finower Einzelhändler wollen ihr Agieren künftig straffer organisieren. In den vergangenen Jahren waren sie vor allem im Zusammenhang mit dem Finower Weihnachtsmarkt an die Öffentlichkeit getreten. Sie haben bei der Zusammenarbeit gute Erfahrungen gemacht, beklagten aber auch zuweilen die fehlende Verbindlichkeit in der informellen Runde des Vorbereitungsteams.

»Bei unserem Händlertreff am 18. Februar«, berichtet Robert Böhme, der als Verantwortlicher für Stadtmarketing beim städtischen Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus den Händlertreff regelmäßig begleitet, »haben wir intensiv über Gründung eines Finower Stadtteilvereins und die damit einhergehenden Vor- und Nachteile diskutiert«.

Die Vorteile eines Vereins liegen zum einen in der rechtlich klar definierte Form. Ein eingetragener Verein ist eine handlungsfähige juristische Person, wobei die Vereinsmitglieder zugleich Haftungsfreiheit genießen – was für die Einzelhändler keineswegs unwichtig ist. Schließlich kann ein Verein auch gemeinnützig sein, was für die Mitglieder steuerliche Vorteile mit sich bringen kann. Als Nachteile nannte Böhme, daß ein Verein »in aller Regel keine wirtschaftlichen Zwecke« haben dürfe, sich also nur nebenher und nachrangig wirtschaftlich betätigen könne. Die formalen Anforderungen wie die Erstellung einer Satzung, die Wahl eines



Foto: JÜRGEN GRANZOW

Vorstandes und die Mindestzahl von 7 Gründungsmitgliedern dürften hingegen keine Hürden darstellen.

»Wie besprochen soll der Verein für alle Akteure, auch Privatpersonen, offen sein, die sich für die weitere positive Entwicklung Finows einsetzen möchten«, so der Stadtmarketing-Experte weiter. Bis zum nächsten Händlertreff am 27. April sollen die beteiligten Einzelhändler nun ihre Meinung zur Vereinsgründung kundtun. Bei einem positiven Votum werde man eine To-Do-Liste mit den nächsten Aufgaben erstellen und gegebenenfalls einen offiziellen Gründungstermin festlegen.

25 Jahre SPD Ortsverein Finow

Am 14. März gab es Grund zum Feiern. Der SPD Ortsverein Finow begrüßte zahlreiche Gäste zu seinem 25-jährigen Jubiläum. Darunter waren unter anderem der Bundestagsabgeordnete STEFAN ZIERKE, der Regionalgeschäftsführer KLEMENS URBAN und der Fraktionsgeschäftsführer RICHARD BLOCH. Die Mitglieder des Ortsvereins freuten sich besonders über den Besuch zweier Gäste des Delmenhorster Ortsvereins Bungerhof-Hasbergen.

Die Ehrung einiger Mitglieder für 25 Jahre Treue und Engagement, Tanzmusik, gutes Es-

sen und interessante Gespräche, sorgten für einen unterhaltsamen Abend. Ein voller Erfolg war auch die Spendensammlung für die Familienfahrt von hilfebedürftigen Familien aus dem Brandenburgischen Viertel. Insgesamt wurden 107,40 Euro gespendet.

Unser Dank gilt allen 33 Mitgliedern und Gästen, dem Finower DJ Jogy und dem Team des »Heegermühler Hof«. Wir freuen uns auf weitere 25 Jahre gewinnbringender Zusammenarbeit.

RINGO WRASE, Vorsitzender des Ortsvereins

Sportentwicklung in Bernau

Bernau (cr). Die Linksfraktion Bernau hatte am 25. März zu einer öffentlichen Diskussion zum Thema »Sportentwicklung und Sportförderung in Bernau« in die Vereinsgaststätte des FSV Bernau in Bernau-Rehberge eingeladen. Im Mittelpunkt stand die ehrenamtliche Arbeit der vielen Bernauer Sportvereine stehen, gerade im Kinder- und Jugendbereich.

»Es gibt in Bernau sehr unterschiedliche sportliche Angebote der Vereine und unterschiedliche Nutzungen der einzelnen Sportstätten«, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende CHRISTINE POPPITZ. »Wir wollen mit den Vereinen und interessierten Gästen über die Zukunft des Bernauer Sports und darüber, wie er in den kommenden Jahren unterstützt werden kann, diskutieren«.

19. Landschaftstag

Blumberg (bbp). Der diesjährige Landschaftstag des Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. am 21. März in Blumberg thematisierte Entwicklungstendenzen im Barnimer Land, mit Schwerpunkt der Regionalparkregion Barnimer Feldmark. In verschiedenen Vorträgen wurden Trends in der Landwirtschaft, bei der Waldbewirtschaftung und Schafhaltung aufgezeigt und kritisch hinterfragt. Einen besonderen Platz nahm das Thema Zukunft der Barnimer Park- und Gartenanlagen ein. Der Tagung schlossen sich am Nachmittag fachkundig geführte Exkursionen an: Zu Fuß durch den Lenné-Park oder per E-Mobil zum Thema Landwirtschaft und Landeskultur über die Felder und Wiesen um Blumberg.

Aufsichtsräte in kommunalen Unternehmen (Teil 2)

Kommunale Unternehmen – Ein Eigentümer der Demokratie

von Dr. Ilona Pischel

Die Stadtverwaltung Eberswalde hatte allen Stadtverordneten eine umfangreiche Antwort der Kommunalaufsicht bezüglich der Einschränkung der Geheimhaltungspflicht bei Entscheidungen der städtischen Gesellschaften zur Kenntnis gegeben.¹ Darin wird der Beschlußvorschlag, die Verschwiegenheitspflicht von Mitgliedern des Aufsichtsrates auf solche Tagesordnungspunkte zu beschränken, die zum Wohl der jeweiligen Gesellschaft zwingend der Verschwiegenheit bedürfen, und es zuzulassen, die Presse über alle anderen Tagesordnungspunkte zu informieren, als rechtswidrig zurückgewiesen. Ein solcher Beschluß wäre insofern rechtswidrig, als er unberücksichtigt ließe, daß die Verschwiegenheitspflicht auch in den Fällen nicht eingeschränkt werden dürfe, in denen berechtigtes Interesse Einzelner überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder gesetzliche Vorschriften entgegenstünden. Die praktische Umsetzung einer Befreiung von der Verschwiegenheitspflicht sei in der Umsetzung schwierig. Daher sei solch ein Beschluß nicht zweckmäßig.

Alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft sind von demokratisch legitimierten Organen zu verantworten und nicht von faktisch selbständigen, aber zum Unternehmen Stadt gehörenden Einrichtungen. Ausgliederung ist eine Gefahr für die kommunale Selbstverwaltung. Sukzessive besteht die Möglichkeit der Aushöhlung des bürgerschaftlichen Engagements. Durch die Verringerung des Informationsflusses, der Steuerung und Kontrolle durch die Stadtverordnetenversammlung entsteht eine Verringerung der Einflußmöglichkeiten der Bürger. Die Kompetenzverlagerung erfolgt auf nicht öffentlich tagende Gesellschaftsorgane. Das der kommunalen Selbstverwaltung zugrunde liegende Öffentlichkeitsprinzip wird verlassen.

Die Bindung von Aufsichtsratsmitgliedern über Gemeindeordnungen oder Satzungen an Weisungsbeschlüsse ist rechtlich umstritten. Weiterhin umstritten sind Unterrichtungspflichten aus vertraulichen Aufsichtsratssitzungen in kommunalen Organen und Fraktionsitzungen. Zur Sicherstellung einer engen Anbindung an die Kommune enthalten die Satzungen kommunaler Gesellschaften Hinweise auf den öffentlichen Zweck. Die Politik muß daher die strategischen Unternehmensziele bestimmen, mit den Gesamtinteressen der Kommune koordinieren und die Zielerreichung überwachen.²

Hier wird deutlich, welche geringen Spielräume den Stadtverordneten bleiben. Wenn der Gesamtverantwortung der Kommune umfassend Rechnung getragen werden soll, muß eine besondere Politik gegenüber den Beteiligungen entwickelt werden. Dazu ist ein transparentes, qualifiziertes Beteiligungsmanagement, d.h. eine kontinuierliche Kontrolle und Steuerung der Beteiligungsunternehmen notwendig wie ja auch die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg im § 98 fordert.

Im Juli 2014 wagte Carsten Zinn, Vorsitzender der Fraktion »Alternatives Wählerbündnis Eberswalde« einen weiteren Vorstoß in Richtung Erweiterung der demokratischen Mitwirkung mittels der Anfrage bei der Kommunalaufsicht Barnim, ob die Aufsichtsräte personell dergestalt erweitert werden können, daß alle Fraktionen Vorschläge zur Besetzung unterbreiten können. Es wurde durch die Kommunalaufsicht festgestellt, daß die Hauptsatzung

der Stadt Eberswalde dazu keine Auskunft gibt. Durch Gesellschaftervertrag müsse sichergestellt werden, daß ein angemessener Einfluß der Gemeinde in den satzungsgemäßen Gremien gewährleistet wird (§ 96 Abs.1 Nr.2 BbgK-Verf). Allerdings sei auf die Vorgabe eines Mindest-Quorums für die Zahl der Gemeindevetreter im Aufsichtsgremium bewußt verzichtet worden, da dieses u.U. zu einer nicht sinnvollen Vergrößerung des Aufsichtsorgans hätte führen können.³ Die von der Gemeinde gegründeten Beteiligungen unterliegen in vollem Umfang den für sie geltenden besonderen bundesrechtlichen Bestimmungen des Gesellschafts- und Handelsrechts (z.B. GmbHG, AktG, HGB). Die Bestimmungen des GmbHG zum Aufsichtsrat verweisen auf diejenigen im AktG, dies allerdings mit der Möglichkeit, im Gesellschaftsvertrag abweichende Regelungen festzulegen. Es ist daher möglich, die Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrates abweichend von den Bestimmungen des GmbHG und AktG im Gesellschaftsvertrag festzulegen. Die Kommunalaufsicht gibt jedoch zu bedenken, daß ein Aufsichtsrat umso arbeitsfähiger ist, je geringer die Anzahl der Mitglieder ist. Für kommunale Eigengesellschaften werden sieben bis neun Mitglieder empfohlen. Dabei wird eine Festlegung der Größe von Aufsichtsräten in Abhängigkeit von der Zahl der Fraktionen oder der Mehrheitsverhältnisse in der Vertretungskörperschaft für nicht sachgerecht gehalten. Vielmehr habe sich die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder an den Erfordernissen der Gesellschaft auszurichten und sollte nicht an anderen Erwägungen orientiert werden.⁴

Die Beschlußvorlage der Fraktion »Alternatives Wählerbündnis Eberswalde« vom 17.07.14, in der der Bürgermeister, der die Stadt die ihr zu 100 % gehörenden Gesellschaften vertritt, beauftragt wurde, die Gesellschaftsverträge dahingehend zu ändern, daß alle Fraktionen der

Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde in den Aufsichtsräten angemessen vertreten sind, wurde mehrheitlich von den Stadtverordneten abgelehnt.

Die Frage bleibt offen, warum die Stadtverordneten die Chance der Erweiterung ihrer Kompetenzen vertan und nicht die dahingehende Änderung der Gesellschaftsverträge der kommunalen GmbH in Erwägung gezogen haben. Haben die Stadtverordneten wissentlich oder unwissentlich ohne Widerspruch erweiterte Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung und Transparenz aufgegeben? In der Märkischen Oderzeitung vom 16.02.2015 kann man lesen, daß über den bereits vom Aufsichtsrat der stadteigenen Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) gebilligten Abriss zweier Wohnblöcke im Brandenburgischen Viertel die Mehrheit der Stadtverordneten nicht mehr diskutieren will.

Kommunale Unternehmen – ein Eigentümer der Demokratie und Einschränkung der demokratischen Einflußnahme und Mitbestimmung durch die Gesamtheit der gewählten Stadtverordneten? Weitreichende soziale Entscheidungen hinter verschlossenen Türen, von Aufsichtsräten gebilligt? Ist das die gepriesene Zielstellung einer Bürgerkommune, der Förderung bürgerschaftlichen Engagements und demokratischer Mitwirkung und Bürgerbeteiligung oder sind wir noch weit davon entfernt?

1 – Untere Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim, Schreiben vom 1.4.2011.

2 – aus: Kommunale Beteiligungen politisch steuern, Handbuch der Kommunalpolitik, Raabe Verlags GmbH

3 – Drucksache 4/5056, Gesetz zur Reform der Kommunalverfassung und zur Einführung der Direktwahl der Landräte sowie zur Änderung sonstiger kommunalrechtlicher Vorschriften, § 97 Abs.2, S.280

4 – Landesrechnungshof Schleswig-Holstein

Ausstellung im Rathaus: Bildhafte Übergänge

Welche Vielfalt das Thema »Übergänge« ermöglicht, zeigen die Fotografien, die bis zum 4. Mai im Flur des Verwaltungsgebäudes in der Breiten Straße 42 zu sehen sind. Die acht Mitglieder der Berliner Gruppe *continuo 27* sind jeweils auf ihre ganz eigene Art und Weise an das Thema herangegangen. »Unsere Bildreihen zeigen die unterschiedliche Sichtweise auf das Thema Übergänge und lassen individuelle Interpretationsmöglichkeiten zu«, so die Kuratorin. Kulturamtsleiter Dr. Stefan Neubacher fühlte sich vor allem vom Titel der Schau angesprochen. »Ich hoffe, daß der für Künstler doch nicht alltägliche Ausstellungsort, das Rathaus, zugleich Anregungen bietet.«

Die Ausstellung ist zu sehen Montag bis Donnerstag von 9 bis 18 Uhr und freitags von 8 bis 14 Uhr.

Bahnwerk muß bleiben!

Solidarität aus Angermünde

Seit dem Bekanntwerden des Vorhabens der OB AG, das Bahnwerk in Eberswalde zum Ende des Jahres 2016 schließen zu wollen, verfolge ich aufmerksam und vor allem besorgt die Ereignisse in Eberswalde und hoffe noch immer, daß eine für unsere Region vernünftige bzw. akzeptable Lösung gefunden werden kann. Festzustellen ist, daß die OB AG, die einst größter Arbeitgeber in der Region Uckermark und Barnim war, hier auch eine große soziale Verantwortung für die Menschen in dieser ohnehin schon strukturschwachen Region trägt. Sie darf und kann sich nicht, nur aus Gründen der Unrentabilität, »so einfach aus der Affäre ziehen«. Wir sehen sie in der Pflicht, nach Alternativen zu suchen, Lösungen zu entwickeln, das Bahnwerk und damit wertvolle Arbeitsplätze zu erhalten, sich ganz klar zu diesem Standort zu bekennen. Bereits vor einigen Jahren hat sie in Angermünde das Bahnwerk geschlossen. Noch in 2002 wurde hier das alte Bahnwerk abgerissen und durch einen Neubau, bestehend aus modernem Halbrundschuppen inklusive Gleisanlagen und Sozialeinrichtungen, für mehrere Millionen Euro aufwendig ersetzt. Infolge der Schließung sind 42 Arbeitsplätze unwiderruflich verloren gegangen. Der Verlust von knapp 500 Arbeitsplätzen am Standort Eberswalde bedeutet in einer vom demographischen Wandel besonders betroffenen Region, einen nicht zu ersetzenden Verlust an Kaufkraft und wird perspektivisch weitere Arbeitsplatzstreichungen in anderen Betrieben nach sich ziehen. Betroffene werden die Stadt und unsere Region verlassen, zugleich besteht die Gefahr, daß Familien durch den Arbeitsplatzverlust ins soziale Abseits geraten.

Der uneingeschränkte Erhalt des Bahnwerkes und der damit verbundenen fast 500 Arbeitsplätze muß das angestrebte Ziel, muß die Lösung sein.

WOLFGANG KRAKOW,
Bürgermeister der Stadt Angermünde

Schleichender Personalabbau?

Eberswalde (bbp). Im Eberswalder Instandsetzungswerk der Deutschen Bahn soll bereits ein schleichender Personalabbau begonnen haben. Wie es heißt, haben rund 40 Beschäftigte Angebote für eine Arbeitsaufnahme in bundesweit tätigen Servicegesellschaften der DB-AG bekommen. Auch über »leichten Druck« wird berichtet, da bei Nichtannahme des Angebotes die Wahrscheinlichkeit einer betriebsbedingten Kündigung mit zugehöriger Abfindung in den Raum gestellt wird.

Angesichts dessen wird die Öffentlichkeitsarbeit der zuständigen Gewerkschaften kritisiert. Zur Protestaktion am 18. März waren nur der Eberswalder Bürgermeister und sein Wirtschaftsamtsleiter eingeladen. Anderen Eberswalderinnen und Eberswaldern fehlte daher die Möglichkeit, ihre Solidarität durch Teilnahme an der Aktion zu zeigen.

Flüchtlingsinitiativen trafen sich

Eberswalde (bbp). Beim 3. Vernetzungstreffen der Barnimer Willkommensinitiativen am 1. März 2015 im Palanca e.V. in Eberswalde waren über 40 Menschen aus unterschiedlichen Ortschaften aus dem Landkreis Barnim (von Bernau bis Lunow und Groß Schönebeck) anwesend. Die Palanca-Mitglieder freuten sich sehr, daß das Treffen in den Räumen des Afrikanischen Kulturvereins stattfand. Interesse an Austausch gab es zu einer Vielzahl an Themen, die in kleineren Gruppen diskutiert wurden.

Da war beispielsweise die politische Auseinandersetzung zur Flüchtlingsunterbringung. Der Kreisverwaltung wurde ein »eigenwilliges Vorgehen« bescheinigt, zum Teil »auch an partei- und kreistagspolitischen Beschlüssen vorbei«. Die Arbeitsgruppe »Unterbringung Flüchtlinge« trage womöglich nur Alibi Charakter, um die schon längst feststehende Entscheidung der Kreisverwaltung für den Standort Ladeburg zu bemänteln. Die Willkommensinitiativen lehnen die ehemalige Luftwaffenkaserne als Ort für das geplante Asylbewerberheim ab. Schon seit einem Jahr liegen der Kreisverwaltung die Vorstellungen, Forderungen und Vorschläge der Initiativen vor. Die Verwaltung blieb jedoch untätig. Nur dadurch entsteht die scheinbare Alternativlosigkeit zu großen Lagern.

Die Initiativen wollen nun verstärkt auf die Politiker im Kreis zugehen und sie aktivieren, damit die Verwaltung entsprechende Vorgaben bekommt. Hierfür sollen eigene Vorschläge für ein Barnimer Unterbringungskonzept erarbeitet werden. Um Öffentlichkeit herzustellen, soll die nächste Kreistagsitzung am 20. Mai mit einer Kundgebung begleitet werden.

Eine zweite Gruppe befaßte sich mit den praktischen Dingen des Flüchtlingsalltags. Ein wichtiger Punkt ist und bleibt die »Arbeitsmöglichkeit« – bezahlt oder nicht bezahlt, offiziell oder eher informell. Dieses Thema soll das nächste Vernetzungstreffen zum Schwerpunktthema machen.

Wichtig sind mehr kleinere und nicht so offizielle Orte bzw. Begegnungsmöglichkeiten, wo sich die Flüchtlinge miteinander und auch mit Einheimischen treffen können. In Eberswalde könnte »Palanca« so ein Ort sein. In Biesenthal wurde ein Treff eingerichtet, in Bernau soll so ein Ort in der Nähe Bahnhof entstehen. Auch in Joachimsthal wird geplant, während in Oderberg die Situation gegenwärtig nicht eindeutig ist, weil der Heimträger nach der Kritik am zweiten Heim deutliche Distanz zur dortigen Initiative formuliert.

Für Eberswalde gibt es schon konkretere Vorstellungen, wie Kochen im »Palanca«, auch in Abstimmung ähnlichen Initiativen im Bran-

denburgischen Viertel und in der Eisenbahnstr. 69. Möglich wären auch Musik-Sessions im Palanca, die keine riesigen Vorbereitungen erfordern und sich entwickeln können. Schließlich bieten sich die Räumlichkeiten von »Palanca« an, hier Beratungen zu Rechtsfragen der Flüchtlinge durchzuführen. Ein in Flüchtlingsfragen versierter Anwalt steht zur Verfügung. Hierfür gibt es schon einen Termin: 14. April, 16-19 Uhr. Biesenthals fester Treffpunkt ist im Kulturbahnhof an jedem 3. Dienstag im Monat von 17 bis 19 Uhr. Pläne für Bernau und Joachimsthal werden noch konkretisiert.

Eine dritte Diskussionsgruppe befaßte sich mit der psychosozialen Begleitung der Flüchtlinge. Die Gesundheitsversorgung von Geflüchteten ist schlecht. Aufgrund des allgemeinen Ärztemangels werden in vielen Praxen Neupatienten kaum noch angenommen. Bei Flüchtlingen werden aber nur rund ein Drittel der üblichen Behandlungskosten übernommen. Für die Inanspruchnahme von Fachärzten braucht es zusätzlicher Genehmigungen, die allein 3 bis 4 Wochen dauern.

Die zuständigen Behörden handeln in ihrem engen Rahmen. Daher brauchen die Geflüchteten eine unabhängige Erst-Anlaufstelle, die sie bei Problemen, Behördenbriefen, Krankheiten oder sonstigen Fragen berät und weitervermittelt. Ein Skandal sei es, daß die Sozialarbeiterstelle in Althüttendorf seit Monaten nicht besetzt ist. Die Menschen dort sind derzeit komplett auf sich gestellt. Auch fehlende Angebote im Landkreis für Behandlung bei Trauma wurde angesprochen. Ein Fachvortrag von Hanna Greve vom KommMit e.V. zur »Psychosozialen Begleitung von Flüchtlingen« folgte der Diskussion.

Das vierte Vernetzungstreffen der Willkommensinitiativen wurde für Sonnabend, den 4. Juli, wieder von 14 bis 18 Uhr und wieder bei Palanca, vereinbart. Auf dem Programm stehen dann die »Unterbringungssituation im Landkreis«, die »Unterbringung in Wohnungen (Begleitung)« sowie die Fortbildung zum Thema »Beschäftigung/Praktikum – Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge«.

Familiengarten-Saison 2015

Mit dem Start der Osterferien beginnt auch im Eberswalder Familiengarten die aktuelle Saison. Alle Anlagen auf dem 17 Hektar großen Gelände werden in Betrieb genommen und können bis Ende Oktober täglich von 10 bis 18 Uhr genutzt werden. Im vergangenen Jahr verzeichnete der Familiengarten Eberswalde mehr als 95.000 Gäste. Zum 1. April 2015 startet auch der Eberswalder Höhenpaß in die neue Saison. Im Familiengarten kann der Eberkran erklommen werden.



Foto: STADTVERWALTUNG EBERSWALDE

Neues vom braven Soldaten Schweyk:

De Maiziere und das Kirchenasyl

»Grüß Gott, gnädige Frau, bitte nehmens Platz!«, beflissen rückt Schweyk der taz-Redakteurin einen Stuhl an seinem Tisch im Cafe Einstein zurecht.

»Aber Herr Schweyk, warum so eine betont förmliche und christliche Begrüßung? Mit der Anrufung Gottes? Was ist in Sie gefahren?« Kopfschüttelnd setzt sich die tazlerin an den Tisch.

»Ich bitt Sie, das ist doch selbstverständlich, schließlich leben wir ja im christlichen Abendland, da kann man schon einmal Grüß Gott sagen.«

»So, im christlichen Abendland? Was soll das sein? Ein Hort der Nächstenliebe, der Humanität? Ich bitt, Sie, lesen Sie keine Zeitung? Jeden Tag ein Flüchtlingsdrama im Mittelmeer und da sprechen Sie vom christlichen Abendland. Ja? Ich versteh schon, Abend-Land. Menschenrechte – gute Nacht!«

Schon ist der Gesprächsfaden abgerissen, noch bevor das Gespräch begonnen hat.

Schweyk stiert in sein Schwarzbierglas und ist sprachlos. Darauf war er nicht gefaßt.

Doch plötzlich hellt sich sein Gesicht auf und mit strahlendem Lächeln erklärt er der Redakteurin: »Meiner Seele, haben wir ein Glück, das ist ja unfassbar, so ein Glück!«

»Ich versteh Sie nicht, worin sollte unser Glück bestehen?«

»Hams noch nie darüber nachgedacht, was wir für ein Glück haben, daß mir nicht der Innenminister sind, daß wir uns nicht mit alle den Fragen und Problemen herumschlagen müssen, wo der Herr de Maiziere lösen muß; die brennenden Fragen, wie er uns vor dem Flüchtlingsstrom schützen kann, wo gerade über uns hereinbricht. Gebens es zu, da wären auch Sie überfordert.«

Aber der Herr de Maiziere geht die Sache ganz systematisch an, er denkt, man muß sich zuerst die Probleme vornehmen, die man lösen kann. Als erstes müssen alle Hintertürchen geschlossen, ja regelrecht versperrt, also ausgehebelt werden, damit unsere aufenthaltsbeendenden Maßnahmen nicht umgangen werden können. Das Dublin-Drei-Abkommen ist ohne Ansehen der Person zu exekutieren. Und da ist ihm gleich das Kirchenasyl sauer

aufgestoßen. Und als Mann einer christlichen Partei weiß er natürlich um die Macht der Kirche in unserem Staat und erkennt sogleich, daß es doch nicht ganz so einfach sein wird, das Kirchenasyl abzuschaffen. Wenn man das will, braucht man einen großen Hebel. Ja, was könnte das sein? Was würden Sie ihm raten?«

»Lieber Herr Schweyk, ich bin Redakteurin und da ist es nicht meine Aufgabe, dem Minister zu raten, sondern darüber zu berichten, welche Ratschläge er bei wem einholt und befolgt oder nicht befolgt. Das ist freier Journalismus.«

»Ja, so wie Sie denken viele, aber das hilft unserem Minister gar nicht weiter. Und deshalb ist es für uns ein großes Glück, daß wir nicht in seiner Haut stecken. Aber der Herr de Maiziere weiß sich schon zu helfen, der hat nämlich im Schulunterricht in Physik und in Griechisch immer aufgepaßt. Wenn man Schweres bewegen will, braucht man einen langen Hebel und einen festen Standpunkt. Sie erinnern sich an den Ausspruch des Archimedes: Gebt mir einen festen Punkt und ich werde euch die Erde aus den Angeln heben!«

Und so bezieht der gute Mann erst mal einen festen Rechtsstandpunkt, sein fundamentales Rechtsstaatsverständnis. Dann sucht er nach einem langen Hebel. Und da muß er nicht lange suchen, dazu dient ihm ein Vergleich. Das Kirchenasyl setzt sich über die weltliche Rechtsordnung einfach hinweg, wie die Scharia im islamischen Staat, wo die Mullahs das göttliche Recht über jede weltliche Rechtsordnung stellen.

Im säkularen Staat aber müsse Recht Recht bleiben, ohne Ansehen der Person und ohne Sonderrechte für einzelne sozialen Gruppen. Deshalb lehne er das Kirchenasyl »prinzipiell und fundamental« ab, wie er sagt. Rechtsfreie Räume könne es im Rechtsstaat nicht geben, so dozieren der Innenminister und folgert: Von der Behörde verfügte Abschiebungen müßten erfolgen, sonst würde der Rechtsstaat in seinen Grundfesten erschüttert. Wer das Kirchenasyl aufsucht, so seine Konsequenz, entzieht sich dem Zugriff der Behörden und muß deshalb so behandelt werden, wie andere Untergebrauchte auch.

Dessen rechtmäßige Abschiebungsverfügung, so die von ihm angestrebte Verordnung, sollte erst nach 18 Monaten und nicht schon nach sechs Monaten ihre Vollziehbarkeit verlieren.

Damit glaubt er, die Bischöfe eingeschüchert und matt gesetzt zu haben, er hat sie aber so richtig auf die Palme gebracht. Es ist ein unbeschreibliches kirchliches Donnerwetter, das da über diesen armen Mann hereinbricht, von geradezu ökumenischem Ausmaß, denn Protestanten und Katholiken ziehen hier plötzlich an einem Strang. Genüßlich hauen die Kirchenvertreter dem Minister die Erfolge des Kirchenasyls um die Ohren.

Bei über 90% der Fälle erwiesen sich die Anträge als erfolgreich, weil nur wegen des Kirchenasyls sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu einer gründlichen Einzelfallprüfung veranlaßt gesehen habe, mit positivem Ausgang. Da erscheint das Kirchenasyl nicht mehr als ein Angriff auf die Rechtsordnung, sondern als ein unverzichtbares Korrekturinstrument gegen Machtmißbrauch und fehlerhaftes Ermessen von systematisch überforderten Beamten. Plötzlich stehen das Asylrecht und der Minister im Zwielicht.

Da ist guter Rat teuer. Aber Sie wollen dem Minister ja nicht raten. Der hilft sich also selbst, beweist Augenmaß und rudert zurück.

Sie erinnern sich, ich habe es schon früher gesagt, mit den Vergleichen ist es so eine Sache. Das gilt für den historischen Vergleich, da habt ihr Deutschen kein Talent und auch beim interkulturellen Vergleich ist es nicht anders. Das ist Glatteis, auf das man sich nicht begeben sollte, es sei denn, man ist ein gewiefter Eisläufer, aber daß der Herr de Maiziere in Holydays on Ice aufgetreten wäre, ist ja nicht bekannt. Das Schaulaufen ist seine Sache nicht, das ist ein Mann der drögen Pflichterfüllung, das ist sein Metier und deshalb wird er von der Kanzlerin auch so geschätzt.

Aber Glück hat er doch gehabt, denn in der Debatte hat keiner den Herren vorwurfsvoll daran erinnert, daß de Maizieres Vorfahren einst als hugenottische Glaubensflüchtlinge in die Mark Brandenburg gekommen sind, also ein großzügigeres Asylrecht in Anspruch genommen haben, als er heute bereit ist zuzugestehen. Wäre der Kurfürst von Brandenburg damals schon nach Dublin-Drei verfahren, dann wären des Ministers Vorfahren wahrscheinlich in die Pfalz abgeschoben worden und man weiß nicht, was aus ihnen geworden wäre. Wahrscheinlich Inhaber eines Feinkostladens mit Saumagen und anderen pfälzischen Spezialitäten und Helmut Kohl als Stammkunden. Aber das sind nur Vermutungen und Genaueres weiß auch der Nachkomme dieser rührigen Glaubensflüchtlinge nicht, die sich später durchaus erfolgreich der Jurisprudenz und dem bundesdeutschen Heer verschrieben haben.«

Schweyk trinkt sein Glas aus und verabschiedet sich. »Küß die Hand, gnädige Frau und Gott befohlen!«

aufgeschrieben von HARTMUT LINDNER

OVG kippt Sonntagsöffnung in Potsdam

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat auf Antrag von ver.di mit Beschluß vom 25. März (Az. OVG 1 S 19/15) die Verordnung der Stadt Potsdam über Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonntagen im Jahr 2015 außer Vollzug gesetzt. Dies begründet daß OVG damit, daß der gestellte Eilantrag mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit Erfolg haben wird und die Außervollziehung geboten ist, damit die geplante Öffnung der Geschäfte am Sonntag, dem 29. März in Potsdam unterbleibt. ver.di begrüßt die Entscheidung des OVG und sieht sich mit der Entscheidung in der Auffassung bestätigt, daß bei Vorliegen ent-

sprechender Gründe auch dann pro Gemeinde insgesamt lediglich sechs Sonntage im Jahr als verkaufsoffene freigegeben werden dürfen, wenn die einzelnen Öffnungen auf bestimmte Stadtgebiete begrenzt werden. Damit wird der verbreiteten Praxis, durch Begrenzung der jeweiligen Öffnungen auf einzelne Stadtbezirke insgesamt mehr als sechs verkaufsoffene Sonntage pro Jahr bezogen auf das gesamte Gemeindegebiet zu genehmigen, ein Riegel vorgeschoben. Damit dürften auch vergleichbare Verordnungen in anderen brandenburgischen Gemeinden rechtswidrig sein.

UWE DIEDRICH, ver.di

Brandenburg – ein Land zum leben?

Was ist das nur für ein Land, dieses Land Brandenburg? Ich rede hier nicht vom Flughafen BER, über dem seit langem der Pleitegeier kreist, und nicht von dutzenden anderen Korruptionsaffären, von denen das Land seit 25 Jahren geschüttelt wird. Ich rede nicht von Bildungsnotstand, klein geredet als Lehrermangel. Decken wir den Mantel des Schweigens über die immer mangelhafter werdende Gesundheitsvorsorge, bereits die Einweisung in ein Krankenhaus gehört inzwischen zu den unkalkulierbaren, lebensgefährlichen Risiken! Kein Wort über den immer »dünnere« Personennahverkehr, der in manchen Dörfern inzwischen auf den Schulbus reduziert ist. Vergessen wir ganz schnell den Schlingerkurs der Landesregierung zwischen Braunkohle und Windenergie und erkennen wir, daß die Preise für Energie weiter stetig steigen. Hier geht der Kurs stabil nach oben! Auch von ausufernden Straßenausbaubeiträgen soll hier keine Rede sein! Stellen wir sachlich fest, daß im angeblich so reichen Deutschland, im Ergebnis der Landespolitik, immer mehr Menschen unter die Armutsgrenze rutschen, so daß es ihnen kaum noch möglich ist, die ständig steigenden Mieten, geschweige denn einen Heim- oder Pflegeplatz zu bezahlen. Hier geht es um ein elementares Menschenrecht: Das Recht auf Wasser, bezahlbares Wasser versteht sich.

In Bernau demonstrieren an jedem Dienstag Hunderte Bürger gegen gesetzwidrige sog. Altanschießerbeiträge, nun schon seit fast zwei Jahren. Neuanschließer wurden mit 60.000 bis 80.000 Euro »nachveranlagt«. Mit Rechtssicherheit hat das nichts mehr zu tun! Auch in der Region um Sonnewalde (Westniederlausitz) sind viele Menschen verzweifelt. Der dortige Wasserverband hat Beitragsbescheide verschickt. Der Spitzenbeitrag beträgt 174.000

Euro, das ist kein Schreibfehler! Kleine und mittelständische Betriebe stehen angesichts solcher Forderungen vor dem Ruin, müssen Insolvenz anmelden, Mitarbeiter entlassen und schließen.

Jetzt geht es an die Rücklagen für die Altersvorsorge, für die Ausbildung der Kinder und sogar an die Lebensversicherungen und Sterbekassen. Oft sind noch nicht einmal die Kredite für die aufgezwungenen Abwasser-Kanalanschlüsse getilgt. Grundstücke und Häuschen sind in Gefahr.

In Eberswalde kostet ein Kubikmeter Wasser und Abwasser, je nach Verbrauch und Art der Entsorgung, zwischen 12 und 20 Euro. 30 Euro je Kubikmeter sind bei sehr sparsamem Verbrauch – wegen stark überhöhter Grundgebühren – keine Seltenheit! Für Wasser muß man mehr Geld ausgeben als für Brot – und Brot ist nicht gerade billig. Die Liste der Horrorbeispiele läßt sich noch leicht fortsetzen. Über die skandalösen Vorgänge in Briesene (Spreevald) und Rauen (bei Fürstenwalde) haben die Medien ausführlich berichtet.

Die Landesregierung hat zum ...zigsten Mal das Kommunalabgabengesetz zum Nachteil der Bürger »verbessert«. Forderungen der Wasserverbände – gerade auch ungerechtfertigte Forderungen und sogenannte Bescheide auf der Grundlage gesetzwidriger, unwirksamer Satzungen – verjähren nicht mehr. 15 Jahre »Verjähmung« plus 10 Jahre sogenannte »Hemmung«, also 25 Jahre keine Verjährung! Das erleben wir nicht! Das widerspricht zwar der Bundes-Abgabenordnung, aber die Landesregierung nennt das Unrecht »Recht«, einfach weil miserable Politik, gerade auch miserable Wasserpolitik, Geld kostet und die Banken Geld sehen wollen. Wer um sein Recht kämpfen will, der merkt schnell, daß er gegen die

Gerichte im Land Brandenburg – die Richter werden vom Landes-Justizminister ernannt – keine Chance hat!

Es ist wahrlich kein Trost für uns Brandenburger, daß es in den vier anderen sogenannten »neuen« Bundesländern auch nicht viel besser aussieht und daß das Elend inzwischen auch schon im »richtigen Westen« angekommen ist. Am 12. März 2015 titelte MOZ: »Der Osten verliert die Jugend«. Warum wohl? Die gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung, nicht zuletzt auch des Herrn MP Woitke, daß man mit guter Ausbildung auch bei uns gute Chancen hat, hier zu leben, ist offenbar nicht sehr belastbar. Tatsache ist, daß sogar promovierte Hochschulabsolventen Mühe haben, hier eine Festanstellung zu finden. Junge Doktoren müssen sich mit Teilzeitjobs befristet von Projekt zu Projekt hangeln. Das machen sie nicht lange mit! Also gehen sie in den Westen oder ins Ausland und bekommen dort ihre Kinder! Hier bleibt nur die Generation 50+, aber die hat selten noch eigene Kinder, dafür entfernt lebende Enkel. Ein Land braucht aber alle Generationen!

Fazit: Jeder sollte selbst entscheiden, ob er hier leben kann und will. Die Mehrheit der Jugend will es offenbar nicht. Sie stimmt mit den Füßen ab und wir sollten sie deshalb nicht schelten. Für diejenigen, die gekommen oder zurückgekommen sind, um sich zur Ruhe zu setzen, nachdem sie woanders gelebt und nun ausgesorgt haben, ist Brandenburg eine gute Gegend für Hobbies, ein guter Feierabendplatz und vielleicht ein guter Ort zum sterben. Soll das die Zukunft in Brandenburg sein? Wenn nicht, dann sollten wir anfangen, gute Lebensverhältnisse zu schaffen. Eine vernünftige Wasserpolitik wäre schon mal ein Anfang!

JOHANNES MADEJA

Die Glücklichen

Die Proteste gegen die Massentierhaltungen und nicht artgerechte Haltung von Tieren sind aktuell.

Frau von der Leyen kümmert sich um häßliche heruntergekommene Kasernen, im gewissen Sinne auch Massenunterkünfte, die sie renovieren und modern ausrüsten will. Schließlich soll ja die Bundeswehr von jungen Frauen und Männern als guter Job Zulauf bekommen.

Im Geiste sehe ich hier die »glücklichen Tiere« in artgerechten Tierunterkünften.

Und dort die auch »glücklichen Soldaten« in schönemachten Soldatenunterkünften.

Die Tiere sind für den Schlachthof bestimmt!

Die Soldaten werden aufs Schlachtfeld geschickt!

DIE ROTE OMA

Der Güllesegen kommt bestimmt

Hinsichtlich der Fragestellungen der Volksinitiative gegen Massentierhaltung ist die Position der Landtagsfraktion der LINKEN am Ende nur Makulatur. Vorgegeben durch wesentliche Punkte aus dem Positionspapier des Landesvorstands vom 20.1.15 waren mit dem Koalitionspartner grundsätzliche Inhalte der Volksinitiative nicht zu vereinbaren.

Dies hat der Landesvorstand am 21.3. näher erläutert. An sich hat die Initiative auch nicht viel anderes erwartet. Bereits im letzten Wahlkampf 2014 war bei den Landtagskandidaten abzulesen, daß Jobs und Großinvestitionen globalgalaktisch über Umweltverträglichkeitsthemen stehen. Der LINKE Landesvorstand beschönigt nun, was schon in der Beschlußempfehlung (Ds. 6/853) zum Agrarausschuß durchgegangen ist, mit deren Hilfe die Volksinitiative in Potsdam abgewatscht wurde. Im Erläuterungstext zu den »Erfolgen« heißt es u.a.: »Prü-

fung, wie kommunale Einflußmöglichkeiten und Bürgerbeteiligung bei der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen gestärkt werden können.« Ahja, was auch immer das sein könnte. Und da war im Gegenzug angeblich aufgrund koalitionsären Zwangs keine Deckelung der Tierzahl geförderter Anlagen, keine Einführung einer Verbandsklage und keine Begrenzung der baurechtlichen Privilegierung landwirtschaftlicher Tierhaltungsanlagen zu erreichen. Das ist traurig und führt lediglich zu einer ungehemmten Ausdehnung von Massentierhaltungsanlagen wie zu Honeckers Zeiten. Für eine zweifelhafte Zahl von Jobs bei zweifelhaften Gülleansammlungen. Wenigstens für eine koalitionsoriginäre Garantie ist Brandenburg damit gesegnet: Wir bekommen endlich auch unsere Nitratüberdosis, die die Niedersachsen schon lange haben. Der Osten holt eben gern auf. Guten Appetit.

THOMAS TOBLER

Neuer Gedankenansatz zur Entsorgung:

Plastemüll auf den Bernauer Deponieflächen

Die Sanierung der schadstoffbelasteten Bernauer Deponie der insolventen GEAB und Entsorgung der riesigen Mengen von Verpackungsmüll gestaltet sich als unendliche Geschichte, die nicht zuletzt aufgrund der horrenden Kosten der Sanierung unabhängig von der Frage der Zuständigkeiten und sich daraus ergebenden Verpflichtungen mehr oder weniger ausgesessen wird. Um Bewegung in die Diskussion zu bringen, hat die Fraktion Bündnis90-Grüne/Piraten einen Antrag mit einem Prüfauftrag in die Bernauer Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Wenn Abfälle nicht mehr als Abfälle, sondern als vermarktungsfähige Rohstoffquelle betrachtet würden, entstünde eher Motivation, sich hier zu engagieren. Mit dieser Rohstoffquelle könnte dann Gewinn gemacht werden, wenn es gelänge, ohne großen Voraufwand die dort lagernden Kunststoffabfälle zu verwerten und die daraus entstehenden Produkte zu vermarkten. Kostenvorteile werden zudem erzielt, wenn es gelingt, ohnehin anfallende Kosten für die kommunale Entsorgung in den Ansatz zu integrieren.

Wir wollen das Problem gelöst haben und lieber investieren, statt Steuergelder durch Bezahlung einer teuren Sanierung zu konsumieren bzw. den Landkreis konsumieren zu lassen.

Weil sie eine kostenintensive manuelle Sortierung der Kunststoffe entbehrlich macht, bietet sich als technische Lösung das chemische Verfahren der Hydrierung an, die alle Kunststoffsorten verarbeiten kann und als deren Produkt eine rohölähnliche Substanz entsteht, die in einer Raffinerie zu Treibstoff oder zu Kunststoffen weiterverarbeitet werden kann. Koppelt man dieses Verfahren mit einem weiteren Verfahren – der hydrothermalen Carbonisierung (HTC) – dann ließe sich die erforderliche teure Energie für die Hydrierreaktion aus der überschüssigen Prozeßwärme der Anlage der Hydrothermalen Carbonisierung gewinnen und als »Brennstoffquelle« aller anfallender Bioabfall vom Klärschlamm bis zum Herbstlaub verarbeiten – also Stoffe, deren Entsorgung ohnehin kommunale Aufgabe ist, welche Geld kostet. Mit einer großtechnischen kombinierten Anwendung dieser Prozesse in Bernau könnte man mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen und möglicherweise auch erhebliche Einsparungen erzielen:

1. Die stoffliche Verwertung der gelagerten Kunststoffabfälle der Deponien löst das Problem der erforderlichen teuren Sanierung des GEAB und evtl. auch Teilen des Bresto-Geländes auf wirtschaftliche und umweltfreundliche Art und Weise.

2. Der Verkauf der daraus entstehenden rohölähnlichen Produkte könnte bei einem Betrieb in öffentlicher Hand die Investitionen wenigstens zum Teil decken und die Sanierung der Flächen quersubventionieren. Ebenso der Verkauf der überschüssigen Prozeßwärme im Fernwärmenetz. Die Lage Bernaus an der Bahntrasse nach Schwedt bietet gute Voraussetzungen für den Abtransport der Öle auf dem Schienenweg zur Raffinerie nach Schwedt und könnte zudem auch die Anzahl der Leerfahrten der Bahn in Richtung Schwedt reduzieren.

3. Die Anlage wäre je nach Auslegung zudem auch in der Lage, die Kunststoffabfälle des Barnim oder auch evtl. darüber hinaus aufzunehmen und würde die Entsorgungssicherheit der angeschlossenen Landkreise stärken. Die Einsparung von Entsorgungskosten bzw. kostenpflichtige Abnahme von Kunststoff zum Recycling trüge zur Wirtschaftlichkeit der Anlage bei.

4. Der anfallende Klärschlamm des WAV Panke-Finow und anderer Stadtwerke/Zweckverbände könnte in der HTC-Anlage umweltgerecht weiterverarbeitet und umweltfreundlich entsorgt werden.

5. Die Anlage der hydrothermalen Carbonisierung könnte zudem auch für das anfallende Herbstlaub und auch bei der Verarbeitung der Bioabfälle aus Gastronomie, Landwirtschaft oder dem Eberswalder Zoo genutzt werden.

6. Die überschüssige Prozeßwärme könnte in das Fernwärmenetz der Stadtwerke Bernau



Plasteabfall künftig wiederverwenden statt »thermisch verwerten«?

eingespeist und/oder ggf. auch für die Beheizung der Schwimmbäder in Waldfrieden und/oder im Sportforum Bernau genutzt werden. Letztere vor allem auch mit dem Gedanken, daß eine ganzjährige Abnahme der überschüssigen Prozeßwärme sinnvoll ist.

7. Es würden rund um die Anlage etliche qualifizierte Arbeitsplätze der chemischen Industrie geschaffen. Aber auch weniger qualifizierte Menschen würden gebraucht. Würde die Anlage zudem ortsnah zu den Deponieflächen errichtet, ließe sich auch der Aufwand für den Transport des Kunststoffmülls minimieren und es würden weitere Kostenvorteile erzielt.

Nach den Insolvenzen und den Hinterlassenschaften hat gerade Bernau nach unserer Überzeugung seinen Bedarf an negativen Erfahrungen mit privaten Entsorgern ausreichend gedeckt. Nach unserer Überzeugung gehört die Abfallwirtschaft als Teil der Daseinsvorsorge grundsätzlich in die öffentliche Hand.

Das Problem der verschiedenen Zuständigkeiten und Interessen von Kommune, Kreis, Zweckverband Panke/Finow und Stadtwerken Bernau möchten wir über die Gesellschafterstruktur der Betreibergesellschaft lösen, sind aber durchaus auch offen für andere kluge Gedankenansätze. Deswegen haben wir auch in die Liste der offenen Fragen eine Vergleichsrechnung zwischen öffentlichen und privaten Betreibern aufgenommen...

Uns geht es jetzt erst einmal vorrangig um die Frage der grundsätzlichen Machbarkeit und der Kosten, die erst in einem weiteren Schritt zur Verteilung anstehen. Wenn keiner anfängt und die Initiative ergreift, wird das Problem nie gelöst. Wir haben aber die Hoffnung, daß sich das Ganze rechnet und dann ist die Problemlösung viel näher!

THOMAS DYHR, Vorsitzender der Fraktion Bündnis90-Grüne/Piraten in der StVV Bernau

Großer Zulauf bei Finowkanal-Wanderung

Über das große Interesse an unseren Industriedenkmalen und am Finowkanal haben wir uns gefreut. Niemals hätte ich an einem grauen und kühlen Tag mit fast 70 Gästen gerechnet!

Sie haben sicher gemerkt, daß wir mit der Organisation etwas überfordert waren. Wenn alles zu lange gedauert hat und nicht jeder die Erklärungen der Stadtführerin hören konnte, bitte ich um Nachsicht. Ich überlege jetzt, wie wir mit den Wanderungen weiter verfahren wollen. Weder haben wir eine größere Zahl von Wanderführern, noch würde mir die Bürokratie von Anmeldungen und Teilnahmegebühr zusagen. Gern höre ich Ihre Ideen dazu, ebenso weitere Anregungen für neue Wanderungen, und gern auch Kritik. Wir machen das aus Ide-

alismus und Interesse und sehen im Finowkanal und den Industriedenkmalen eine einmalige Chance für neue Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung.

Ich habe noch eine kleine Bitte: Leider habe ich nicht den Namen und kein Foto von dem Jungen, der uns geholfen hat, die Bedeutung der Markierungen an dem alten Stein am Kupferhammer zu entschlüsseln. Falls die Eltern einverstanden sind, würde ich gern dem Jungen einen Finowkanal-Button überreichen.

Ich bin gespannt, welche Wanderung wir als nächstes anbieten können. der Termin wird voraussichtlich der 18. April sein.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT,
Vorsitzender Unser Finowkanal e.V.

Die Wunder vom Barnim

Auch in der Kommunalpolitik im Barnim geschehen noch Wunder!

Da muß die Linkspartei in den Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen erst schwere Stimmverluste erleiden und alle Direktmandate im Bundestag und dem Landtag verlieren, um ihre Wahlziele zu verwirklichen. Nichts anderes verkündete Kreisvorsitzender Sebastian Walter, als er in der letzten Mitgliederversammlung zum sogenannten Grundlagenpapier stolz verkündete: »Endlich haben wir die Möglichkeit, unsere Vorhaben des Wahlprogramms fast 1:1 umzusetzen.«

Ein solches Entgegenkommen nach diesen Wahlergebnissen von Landrat Ihrke und seiner SPD/CDU-Koalition wäre wirklich ein Wunder, wenn der Zweckoptimismus kein Wunsdenken wäre. Es muß deshalb erlaubt sein, ernste Zweifel zu äußern, wie es auch in der Diskussion in der Mitgliederversammlung geschah und im Artikel von Gerd Markmann in der vorigen Ausgabe der Barnimer Bürgerpost konkret nachgewiesen wurde.

Auch die große Freude mancher Funktionäre über die mehrheitliche Zustimmung der Versammlungsteilnehmer sollte wohl durch folgende Tatsache sachlich relativiert werden: die Ja-Stimmen kamen von 10 Prozent der Gesamtmitgliederzahl im Barnim. Etwas mehr Sinn für Realität wäre wohl angebracht.

Auch bei der Post in Eberswalde geschehen scheinbar noch Zeichen und Wunder! Am 6.3.2015 fand anstelle der von Sebastian Walter schriftlich versprochenen kritischen Mitgliederversammlung zum Wahlergebnis eine Versammlung statt, die ein so genanntes Grundsatzpapier zur Kooperation mit Landrat Ihrke und seiner SPD/CDU-Koalition als Thema hatte. Dazu habe ich am 27.2.2015 per Post einen schriftlichen kritischen Diskussionsbeitrag persönlich an Sebastian Walter geschickt, damit er die Verlesung in der Versammlung veranlaßt. Erst als ein Mitglied meiner Basisgruppe nachfragte, wieso der Beitrag nicht verlesen wurde und eine Kopie übergab, erfolgte die Verlesung. Begründung: der Beitrag sei bei Sebastian Walter nicht eingegangen. Wirklich ein Wunder, daß die Post mehr als 7 Tage innerhalb von Eberswalde für die Zustellung braucht.

Dr. HELMUT KOCH

8.Mai 2015! 70. Jahrestag der Befreiung der Völker vom deutschen Faschismus

Am Samstag, dem 9. Mai, versammeln wir uns um 10 Uhr am sowjetischen Ehrenmal im Wald von Altenhof. Wir wollen die in den letzten Kriegstagen von der Deutschen Wehrmacht ermordeten Sowjetsoldaten ehren.

Um 11 Uhr beginnen wir eine öffentliche Mitgliederversammlung im Palmencafe, zu der wir Sie einladen möchten. Lassen Sie uns über die neuen politischen Gefahren und wie wir ihnen gemeinsam begegnen können, Gedanken austauschen.

KARL-HEINZ BLÄTTERMANN,
KPD - RO Barnim/Märkisch Oderland

»Einheitsfront« im Kreistag Barnim

Neue LINKE folgt bereitwillig dem Ruf des Landrates

Der neu aufgeflammete ostdeutsch lizenzierte Ruf »Wir sind ein Volk« dringt jetzt mit unüberhörbarer Lautstärke in den Kreistag Barnim. Drei große bürgerlich-demokratische Parteien des Landkreises, darunter auch DIE LINKE, sind aus aktuellem Anlaß auf Initiative des SPD-Landrates bereit, eine parteipolitisch übergreifende Einheitsfront aus historischer Lehre zu zimmern und in einem kompromißreichen Koalitionsvertrag zu zementieren. Dieses gemeinsame, als »Grundlagenpapier« bezeichnete Dokument, wurde auf der Kreismitgliederversammlung der LINKEN am 6. März 2015 trotz Intervention einiger Genossen mit großer Mehrheit beschlossen. Die nun im Kreistag politisch ausgegrenzten Grünen sprechen in der letzten Barnimer Bürgerpost schon von der GaGroKo – Ganz-Großen-Koalition.

Der politikinteressierte Mitbürger und verantwortungsbewußte Parteienwähler fragt sich, ob man der Aussage des Kreisvorsitzenden Sebastian Walter Glauben schenken kann, daß DIE LINKE nicht auf eine eigenständige Politik verzichte und ob sie im Einheitsrausch nicht doch ihr eigenes Programm in Revision gegeben hat.

Werden DIE LINKE, SPD und CDU nun dem Ruf der Französischen Revolution nach Gleichheit und Brüderlichkeit folgen oder stehen wir schon kurz vor der Gründung einer Einheitspartei? Folgt DIE LINKE der Forderung von Brecht und Eisler im »Einheitsfrontlied« der dreißiger Jahre des 20 Jahrhunderts nach einer gemeinsamen Front von Kommunisten und Sozialdemokraten »Reih dich ein in die Arbeiterfront...«? Aber warum dürfen sich nur Auserwählte einreihen?

Schon unser ehrwürdiger Kaiser Wilhelm vereinigte die gravierenden sozialen Gegensätze unter dem einheitsfordernden Slogan: »Ich kenne nur noch Deutsche«. Viel später schufen dann die Kommunisten und Sozialdemokraten aus historischer Erfahrung und Verantwortung

die Sozialistische Einheitspartei als führende Kraft im sozialistischen Staat.

Da stellt sich nun für den mündigen Bürger die historische Frage: Zieht unser Kreistag Barnim jetzt pilotprojektmäßige, richtunggebende Lehren aus der Geschichte? Gibt es dafür zwingende Gründe? Will man in seliger Einheitsdu-selei den Barnim »retten«?

Ja, Lutz Kupitz, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Kreistag Barnim, gibt die euphorische Antwort: Es sei der Anfang einer neuen Qualität des Ringens um die besten Lösungsansätze zum Wohl der Bürger und Kommunen. Und Margitta Mächtig und Ralf Christoffers, beide Mitglieder des Brandenburger Landtages, verweisen auf den »Barnimer Weg« einer vorurteilsfreien Zusammenarbeit der politischen Kräfte im Kreis im Interesse des Gemeinwohls der Bürger und Kommunen.

Die drei Verbündeten wollen offensichtlich verhindern, daß Entwicklungen im Interesse des Gemeinwohls und der Verbesserung der realen Lebenslage vieler Bürger am Votum weniger engstirniger Andersdenkender scheitern. Deshalb muß ein Vertrag mit den demokratisch Richtig-Denkenden im Kreistag Barnim her: ein Einheitskoalitionsvertrag.

Nur die unbequemen, unliebsamen Andersdenkenden sind dabei im Wege und werden mit eben diesem Vertrag ausgegrenzt. Da geht Inklusion denn doch zu weit und bürgerliche Freiheit hat eben doch ihre Grenzen.

Rosa Luxemburgs Worte: »Freiheit ist immer auch die Freiheit der Andersdenkenden« waren beliebte große Worte der Wendezeit. Nun verißt man sie besser. Wer Macht ausübt, ist eben immer etwas freier!

Lohnt es sich für DIE LINKE, für ein bißchen Teilhabe an der Macht Prinzipien, Unverwechselbarkeit und Alleinstellungsmerkmale aufzugeben? Der Wähler wird zu gegebener Zeit entscheiden.

Dr. ILONA PISCHEL

F. Boginski wird Ehrenfeuerwehrmann



FOTO: STADTVERWALTUNG EBERSWALDE

Der Kreisfeuerwehrverband Barnim hat als höchste Auszeichnung die »Ehrennadel in Gold« gestiftet. Erster Preisträger wurde der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski für sein Engagement bei der »Ausstattung und Unterstützung der Berufsfeuerwehr und der sechs Freiwilligen Ortsfeuerwehren in Eberswalde«, also für die Erfüllung seiner Aufgaben als Bürgermeister. Boginski zeigte sich sichtlich gerührt und berichtete, daß die Stadt Eberswalde »gerade zwei neue Mannschaftswagen« anschaffe. Die Laudatio hielt Nicolaus Meier, der in der Stadtverwaltung für die Feuerwehren zuständig ist.

Im Sinne Clara Zetkins

Erklärung der KPD Brandenburg aus Anlaß des Internationalen Frauentages 2015

Am 7. März hatte die Landesorganisation der KPD Brandenburg zu einer öffentlichen Gesamtmittgliederversammlung aus Anlaß des Internationalen Frauentages nach Altenhof eingeladen. Die Mitglieder verabschiedeten folgende Erklärung:

Clara Zetkins Kampf gegen Imperialismus und Militarismus für Frieden und Sozialismus hat uns am »Internationalen Frauentag« zusammengeführt. Es ist unser Wille, unseren Kampf tag zu nutzen und die Beseitigung des Imperialismus und Militarismus zu fordern. Die Frauen tragen »als die Hälfte des Menschengeschlechts« die Leiden, die der Menschheit durch das Profitstreben des Imperialismus zugefügt werden.

Bereits 1945 trafen die Siegermächte im Potsdamer Abkommen wichtige Festlegungen zum besiegten Deutschland und seiner Rolle in einer künftigen friedlichen Welt. Unter dem Namen »Organisation der Vereinten Nationen« wurde am Ende eines Krieges wieder eine »Organisation zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und der allgemeinen Sicherheit« geschaffen. 1950 wurde eingeschätzt: »die USA haben innerhalb der Organisation der Vereinten Nationen eine ihnen hörige Mehrheit geschaffen und diese Organisation, die als Bollwerk zur Erhaltung des Friedens gegründet wurde, zu einer Waffe des Krieges gemacht.« Sie ist eine Organisation für die Amerikaner die im Sinne der Aggressoren handelt. Im Ergebnis ihrer Politik standen Völkermord und der Mord an Politikern, Vertretern der Wirtschaft und des Finanzmarktes und von Journalisten.

Wir wollen keine weiteren deutschen Waffengänge! Deshalb fordern wir: Die Losungen »Frieden schaffen ohne Waffen« und »macht

Schwerter zu Pflugscharen« vollinhaltlich durchzusetzen und dazu die Deutsche Kriegsmarine, die Deutsche Luftwaffe und das Deutsche Heer aus den Einsatzgebieten in die Standorte zu befehlen. Den Austritt der BRD aus der amerikanisch dominierten NATO und den Austritt aus der EU!

Wir fordern unser demokratisches Recht ein, insbesondere in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, so auch auf anderen Veranstaltungen, auf öffentlichen Straßen und Plätzen in Wort und Schrift gegen Krieg und Kriegsverbrechen zu argumentieren und gegen jede Form der Werbung für den Militärdienst aufzutreten. Wir fordern ein generelles Verbot für den Militärdienst zu werben, Militärschauen zu Wasser, zu Lande und in der Luft durchzuführen und über Waffenmessen die Produktion, den Verkauf und den Kauf von Kriegsgerät anzuregen.

Wir rufen von dieser Veranstaltung alle Menschen auf, denen der Frieden der Welt wichtiger ist als der Profit einer mörderischen Wirtschaft. Schließen Sie sich uns und unseren Forderungen an. Nur wenn wir gemeinsam für diese Forderungen eintreten, kann es uns gelingen, einen neuen drohenden Krieg zu verhindern.

Im Sinne Clara Zetkins, Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, im Sinne der KPD!

KLAUS WEBER

Nicaragua

Die USA bleiben außen vor!

Am 24. März hatte die Eberswalder RotFuchs-Regionalgruppe in die Alte Forstakademie eingeladen. Das Thema: »Der große interozeanische Kanal in Nicaragua – ein Projekt von weltpolitischer Bedeutung mit maßgeblicher Beteiligung Chinas vor den Toren der Weltmacht USA«. Mit Wolfgang Herrmann hatten die RotFüchler einen exzellenten Kenner des mittelamerikanischen Landes als Referenten gewinnen können.

Nicaragua war im lateinamerikanischen Raum das zweite Land, das, nach Kuba, die Fesseln des Imperialismus abwarf. Im bewaffneten Kampf gegen die Somoza-Diktatur gelang es der FSLN unter der Führung von Daniel Ortega, das Land von der doppelten Ausbeutung zu befreien, den in- und ausländischen Machthabern die Gewalt zu entreißen.

Nach anfänglich stürmischen Erfolgen gegen Hunger und Analphabetentum gelang es den konservativen Kräften im Land, mit Unterstützung ausländischer Kapital- und Militäreinsätze, das junge Pflänzchen der sozialen Revolution in die Defensive zu drücken. Aber der Durchbruch zur parlamentarischen bürgerlichen Demokratie war geschafft.

Neuerliche Versuche der USA, mit Gewalt das Rad der Geschichte zurückzudrehen, landeten vor dem internationalen Gerichtshof

und trafen das reichste Land der Erde mit einer Strafe in Millionenhöhe, die an Nicaragua zu zahlen ist, was bis heute nicht realisiert ist. Trotz des veränderten weltpolitischen Klimas in Europa und Asien wuchs der Einfluß der FSLN. Anfang des zweiten Jahrtausends sammelten sich kampferfahrene Junge und Ältere aufs Neue.

Die FSLN mit Daniel Ortega als Präsidentschaftskandidat gewann das Rennen mit über 60% der Stimmen bei den letzten Wahlen. Jetzt konnte man den Traum des Simon Bolivar von vor 85 Jahren anpacken. Nicaragua kämpft nicht mehr allein. Es gibt die Bündnisse mit Kuba, Venezuela, Bolivien u.a.m. in den als ALBA und CELAC bekannten Abkommen. Und es gibt einen mächtigen ehrlichen Partner: China! Die USA bleiben außen vor!

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Abfallentsorgung im Barnim:

Gebührenerhöhungen

Erinnern wir uns: »Wir können es besser als die privaten Müllprofis«, tönte der Landrat, und: »wir müssen ja keinen Gewinn machen«.

Er konnte es nicht besser. Als die »Reserven« – Geld, das er eigentlich den Bürgern hätte zurückzahlen müssen – aufgebraucht waren, war nach der Rekommunalisierung der Abfallentsorgung die erste deftige Gebührenerhöhung fällig. Eine wichtige Begründung hieß »Stabilität«. Das war im Jahr 2010.

Nun ist die damals von mir im Kreistag vorhergesagte nächste Gebührenerhöhung fällig. Sie heißt natürlich nicht so! Originalton MOZ (»Biotonne als freiwilliges Modell«, 13.3.15): »Die Kosten für die Annahme von Grüngut werden in die Pauschalgebühr zur Müllabfuhr integriert.« Das hört sich doch ganz anders an! Im Klartext heißt das: Jeder Bürger – egal ob er Grüngut abliefern kann oder will – hat für den Müll zusätzlich eine erhöhte Pauschalgebühr zu zahlen. Der dort zitierte Dr. Finck weiß zwar noch gar nicht, wieviel Grüngut die Bürger anliefern werden, er weiß auch noch nichts Genaues darüber, ob die Bürger das »System« akzeptieren werden. Er ahnt aber schon, daß die Akzeptanz gering sein wird. Trotzdem hat er schon einmal ausgerechnet, daß ab 2017 für jeden Bürger 5,90 Euro zusätzlich fällig werden. Bei 180.000 Einwohnern sind das 1,062 Millionen Euro Mehreinnahme für den Landrat.

Dafür gibt es aber noch keine Biotonne. Die kann man erst ab 2020 bestellen und die kostet dann – nur für die Möglichkeit (!) der Inanspruchnahme – noch einmal 5,70 Euro pro Person und Jahr zusätzlich. Damit man die Biotonne aber wirklich ordert, hat sich Herr Dr. Finck einen »Anreiz« einfallen lassen. Wer sie bestellt, der erhält zwei Euro »Bonus«. Wer nun rechnet $5,70 - 2,00 = 3,70$ Euro, der rechnet falsch. Denn wenn alle eine Biotonne bestellen (Herr Dr. Finck nennt das Maximalvariante), dann beträgt die zusätzliche Pauschalgebühr ab 2021 noch einmal 11,10 Euro pro Person und Jahr. (Mehreinnahme 1,998 Millionen Euro)

Es muß jeder zahlen, egal ob er Grüngut abliefern oder seine Küchenabfälle in einer Biotonne sammelt oder besser – sinnvoll und nachhaltig – selbst verwertet. MOZ nennt das »Biotonne als freiwilliges Modell«. Wenn einer – freiwillig versteht sich – nicht zahlt, weil er zu Recht meint, daß er ja keine Gegenleistung erhält, gegen den gibt es das probate Mittel Zwangsvollstreckung. Wer sich auch dagegen wehrt, den werden die Verwaltungsrichter schon zur Raison bringen und er zahlt dann mit Gerichts- und Anwaltskosten noch drauf. Wenn aber niemand eine Biotonne haben will und alle nicht zahlen, dann hat Herr Dr. Finck – nein, natürlich der Landrat – ein Problem. Aber den derzeitigen Landrat trifft es nicht mehr, der ist nicht mehr im Amt und wehrt sich dann – ganz privat – vielleicht gegen eine Biotonne.

JOHANNES MADEJA

Freitag, 20. April 1945

Vier Tage waren seit dem Beginn der sowjetischen Offensive an Oder und Neisse vergangen. Seit Tagen wurden Verhaltensregeln für die Eberswalder Bevölkerung durch einen öffentlichen Aufruf verbreitet.

Den Auftakt zum Verlassen der Stadt sollte ein langanhaltender Sirenton bilden. Die damaligen Block- bzw. Hauswarte hatten detaillierte Anweisungen erhalten. Unsere Verwandtschaft hatte die feste Absicht, gemeinsam aufzubrechen, da sie in verschiedenen Stadtteilen, in Ostende, Mitte und Westend wohnte. Alle trafen sich zu einer diesbezüglichen Lagebesprechung bei meiner Tante in Westend. Sie und ihr Mann betrieben ein bescheidenes Besenbindergewerbe und verfügten über einen riesigen Lieferhandwagen zum Reisigtransport. Es stand also außer Zweifel, daß dieser zum Haupttransportmittel für den Treck auserkoren wurde.

Vor dem Sortieren und Packen galt es, Abschied von meinem Vater zu nehmen, der als Reklamierter noch kurz vor Toresschluß zum Volkssturm eingezogen worden war. Die Stellungen befanden sich hinter der Eberswalder Darre, unmittelbar über »Pfeils Garten«. Mutter hatte Bekleidungsstücke, Lebensmittel und Tabak dabei. Vater sprach von einem Gefallenen bei einem russischen Fliegerangriff in den Morgenstunden des 16. Aprils. Zur Stunde ahnte niemand, daß wir uns über 2 Jahre nicht sehen sollten.

Am 19. April sollte sich die gesamte Verwandtschaft bei meiner Tante in Westend einfinden, um am nächsten Tag zügig fortzukommen. Am 19.4. war es fast aussichtslos, von der Stadtmitte aus über die Bahnhofsbrücke zu kommen. Dauernd wurde der Bahnhof aus der Luft angegriffen. Endlich, in einer Angriffspause, gelang es uns, unter der Eisenbahnbrücke die Schienen zu überschreiten. Meine Tante mit dem Kinderwagen, in dem meine zweijährige Cousine lag, hatte besonders Angst. In der Heidestraße unversehrt angekommen, lösten erst einmal Tränen die Spannung.

Nach einer kurzen Nacht ging es nach Sonnenaufgang mit einem sorgfältig beladenen Handwagen los in Richtung Düsterwinkelbrücke. Aus Sicherheitsgründen wegen der Luftangriffe befand sich der Treffpunkt jenseits des Kanals. Von einer Gruppe Aufsichtspersonal empfangen und registriert, gab es zugleich Anweisungen. Als Wortführerin erhielt Großmutter einen Zettel mit Streckenführung einschließlich Rast und Tagesziel. Anhand der Wohnadressen war einem der Org.-Leute aufgefallen, daß wir aus unterschiedlichen Stadtbezirken stammten. Umkehren sollten daraufhin alle, die nicht aus St. Georg und Westend waren. Offensichtlich kamen mehr zusammen als nur unsere Familie, man ließ dies vermutlich aus Zeitdruck durchgehen. Mit gemischten Gefühlen zogen wir los in Richtung Lichterfelde. Anfänglich wand sich der Treck wie ein buntscheckiger Wurm die Waldstraßen entlang. Bald schon bildeten sich Gruppen und

70 Jahre ist es her!

An die Eberswalder Frauen!

Im Ernstfall, der ausgelöst wird durch einen fünf Minuten lang anhaltenden Sirenton, haben Frauen mit Kindern, die kein Reiseziel haben und aus diesem Grunde Eberswalde nicht verlassen konnten, und sonstige Gehfähige, die nicht im Arbeitseinsatz stehen, Eberswalde zu verlassen. Für die Ortsgruppen Westend, Kupferhammer und St. Georg ist die Düsterwinkelbrücke der Sammelort, für alle anderen Ortsgruppen der Wasserfall.

Der Marsch erfolgt auf Wegen, die durch weiße Schilder mit der Aufschrift „Treck“ gekennzeichnet sind. An verschiedenen Stellen auf diesem Wege sind Erfrischungsstellen eingerichtet. In ungefähr 15 km Entfernung ist eine Verpflegungsstation. Die Wege sind, soweit nur zugänglich, so gewählt worden, daß sie mit Hand- bzw. Kinderwagen befahrbar und doch gegen Tieffliegerangriffe geschützt sind. Pferdefuhrwerke dürfen nicht benutzt werden.

Kennzeichnen Sie alle Ihre Gepäckstücke mit Namen und Wohnung.

Auf dem Marsch ist auf Disziplin zu achten. Größere Kolonnen sind zu vermeiden. Die Führung erfolgt durch die SS-Volksdeutsche Mittelstelle.

Volkssturmpflichtige aller Aufgebote dürfen unter keinen Umständen diesen Treck begleiten.

(Archiviertes Dokument)

Grüppchen. Auch wir marschierten als kleine Gruppe. Mitgeführt wurden Handwagen aller Größen, Fahrräder, Schubkarren und viele, viele Kinderwagen, wie sie dieser Wald noch nie gesehen hatte. Noch keine Stunde Wegstrecke hinter uns, hieß es zum ersten Mal »Tiefflieger, alles in den Wald«. Meine Mutter drängte mich an eine dicke Kiefer und beugte sich über mich, bis der todbringende Spuk verflogen war. Möglicherweise sah man in uns Wehrmachtbewegungen. Obwohl sich die Angriffe wiederholten, wurde nichts von Verletzten oder gar Toten bekannt. Nach mehrmaligem Rasten erreichten wir kurz vor Sonnenuntergang unser Tagesziel – Werbellin. Eine Scheune auf einem großen Bauernhof diente uns als Nachtquartier. Obwohl für die Erwachsenen beschwerlich und bedrückend, war für uns Kinder alles das reinste Abenteuer. Tags darauf machten wir uns auf den Weg zum nächsten Ziel – Groß Schönebeck. Tiefflieger belästigten uns auf dieser Strecke nicht mehr, dafür mußten wir häufig von der Landstraße, um Wehrmachtkolonnen Platz zu machen.

Der Weg führte uns weiter über Schlufft nach Zehdenick. Es war ein langer Weg und es zeigten sich die ersten Schwächen und Resignationen. Trost spendete das Gerücht, ab Gransee per Eisenbahn weiterzukommen. Und in der Tat, im Städtchen Gransee stand ein Güterzug bereit, der aber schon zur Hälfte mit Flüchtlingen besetzt war. Mit Hab und Gut in einem Viehwagen verstaut, harrten wir der Dinge, die da kommen sollten. In den frühen Morgenstunden des 24. April setzte sich der Zug endlich in Bewegung. Mit Bummelfahrt und häufigem Halten ging es in Richtung Neustrelitz über Waren, Güstrow und Grevesmühlen nach Lübeck... Am 29. oder 30. April ging es dann weiter nach Flensburg. Hier wurde erneut umgestiegen und nach kurzer Fahrt setzten wir die Reise auf einem Schiff fort... nach Dänemark! Die erste Station in Dänemark hieß Hadersleben (Haderslev). In einem Schulkomplex, der zu Teilen in Lazarett und Flüchtlingslager umfunktioniert worden war, bezogen wir eine der Turnhallen und richteten uns auf Strohsäcken und Dreistockwehrmachtsbetten häuslich ein.

Am Mittwoch, dem 9.5.45, erschienen dänische Polizisten in Begleitung von Arbeitern, die mit der Umzäunung der Schulgebäude begannen. Abends entfachte man auf dem Nachbarschulhof des Gymnasiums (Lazarett) eine Art Lagerfeuer zum Verbrennen von Wehrmachtsuniformen und Zubehör, Koppel, Patronentaschen, Stiefel und anderes. Sozusagen ein symbolischer Akt. Ein ungutes Gefühl sagte uns, hier stimmt was nicht. Und richtig. Der Stacheldrahtzaun schloß sich, Ausgang nur noch auf beantragten Passierschein. Die Internierung war perfekt...

Sonntag, 13. Mai 1945

Nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai schufen nun die Dänen klare Fronten. Zu einem wahren Volksfest sollte sich Sonntag, der 13. Mai, gestalten. An eine Parade der dänischen Freiheitskämpfer schlossen sich Volksbelegungen auf den gegenüberliegenden Sportanlagen an. Ein fröhliches Treiben, dem wir interessiert, aber nunmehr durch doppelten Stacheldraht zuschauen durften. Dabei wurden meine Oma und meine Mutter, wie auch noch andere Deutsche, von dänischen Frauen durch den Stacheldraht angespuckt.

Kurze Zeit darauf verlegte man uns nach Oxböl in ein großes Internierungslager, eine ehemalige Wehrmachtskaserne. Für Tabak, Zigaretten und andere Raritäten engagierte meine Mutter einen Privatlehrer, einen älteren Herrn aus Königsberg, der mich im Rechnen und Schreiben unterrichtete. Ohne Schwarzhandel hätten wir es sehr schwer gehabt. Zweimal pro Woche erschien der Postwagen. Der Fahrer, ein ehemaliger Zahlmeister der Wehrmacht, hatte etwas mit meiner Tante, damit war alles klar, was Handel und Wandel betraf.

Der Umzäunung des Lagers durfte man sich nicht nähern. Zwischen dem Doppelzaun patrouillierten Posten und riefen in Abständen: 25 m weg vom Zaun ... 25 m weg vom Zaun!

Im Frühjahr 1947 gab es erste Anzeichen für eine mögliche Heimkehr. Jede Familie wurde befragt, ob sie in die Ostzone oder Westzonen wollte. Bis heute weiß niemand, aus welchen Gründen wir über zwei Jahre dort festgehalten worden sind.

DIETER KEMPFERT

Der Virus – dein Freund und Helfer

Hat jemand dieses Jahr noch keine Erkältung gehabt? Wieso meldet sich niemand? Die Influenza-Saison war offenbar dieses Jahr ein voller Erfolg! Für die kleinen Biester, die bisher nur wenige Menschen, millionenfach vergrößert, bei lebendigem Leibe sehen konnten: die Erkältungsviren! Es soll an die 300 unterschiedliche Arten von ihnen geben, und vermutlich kaum ein Mensch kann sich glücklich(?) schätzen, mit allen schon Bekanntheit gemacht zu haben.

Erst fühlt sich der Hals unwohl an, dann tut einem alles weh, daß man nicht schlafen kann oder kaum aus dem Bett kommt; am nächsten Tag beginnt die Nase zu laufen und steigert sich dann in tagelangen Schneuorgien, die am Schluß mit einem wochenlangen Husten gekrönt werden. Warum muß man nur so leiden? Und nichts hilft dagegen wirklich. Außer Isolation. Damit unsere Mitmenschen nicht angesteckt werden. Aber selbst das bekommen wir nicht hin.

Irgendwo muß man sich schließlich im Bus festhalten; selbiges zu vermeiden grenzt in Eberswalde an Selbstmord. Und wenn man noch gesund ist? Man kann kann ja nicht alles vorher mit Desinfektionstüchern abwischen, bevor man es anfaßt. Man muß sehenden Auges ins Messer laufen und hoffen, daß es nur ein Buttermesser ist. Man rotzt und schnieft ... dann mal einen Tag nicht; und schon hat man alles vergessen, als man seine alte Bekannte wieder trifft und ihr herzlich die Hand schüttelt. Oder sogar ein Küßchen?!

Das ganze hat System und ist fester Bestandteil der Evolution. Des Menschen Erbsubstanz, die Krone der Schöpfung, besteht zu einem Großteil aus Virus-DNA. Das, was mit mit uns während einer Erkältung passiert, ist kein sinnloses Leiden! Wir sind hustende und spuckende Schleimproduzenten, damit sich die Viren


FOTO: JURGEN GRAMZOW

optimal verbreiten können. Wir sind nur Wirtstiere, Werkzeuge einer höheren Macht. Wir können zwar an unser Aktiendepot denken oder an die Weltrevolution; aber unser eigentlicher Lebenszweck ist womöglich die maximale Virusproduktion und -verbreitung.

Selbst unsere intimsten Gefühle haben sich wahrscheinlich nur die Viren ausgedacht, damit man, oft nicht ganz bei Verstand, die nächstbeste Dame begattet, auf daß neue Rotz- und Schleimproduzenten das Licht dieser Welt erblicken! Raffinierter geht es nicht mehr. Unseren Mitgeschöpfen in der Tierwelt ergeht es nicht besser: mit Katzenschnupfen, mit Vogelgrippe, mit Staupe und mit wer weiß wievielen hoch ansteckenden Geschichten. Die Welt ist voll von Viren.

Unser Schöpfer, das ist wahrscheinlich kein weißbärtiger Herr im Himmel, sondern das sind die winzigen Elementarteilchen der Evolution – die Viren; sie benutzen uns wie einen Automaten – sie brauchen nur eine rote Taste zu drücken und schon geht es los ... auf daß neuer, hochansteckender Schleim produziert wird. Wir haben keine Chance, aus diesem Ding auszusteigen. Unsere Schöpfer sitzen am längeren Hebel. Sie sind in der Überzahl. Sie haben uns programmiert. Sie wissen über uns Bescheid. Unsere Aufgabe heißt: Rotz oder stirb!

JÜRGEN GRAMZOW

Musikschule Barnim:

Festkonzert zum 60-jährigen Bestehen

Eberswalde (prest-bar). Am 1. April 1955 nahm die damalige Volksmusikschule Eberswalde mit insgesamt drei Lehrkräften und Räumen sowie 85 Schülerinnen und Schülern in der Bruno-H.-Bürgel-Schule ihre Arbeit auf. Heute unterrichtet die Musikschule Barnim als kreisliche Nachfolgeeinrichtung an ihren beiden Standorten in Eberswalde und Bernau mit über 60 Lehrerinnen und Lehrern über 1600 Kinder und Erwachsene in zahlreichen Instrumental- und Ensemblefächern. Der Gründungstag der Eberswalder Musikschule vor 60 Jahren soll nun mit einem Festkonzert am

**Dienstag, 31. März, um 18 Uhr
im großen Saal des Haus Schwärzetal**
gefeiert werden.

Das Programm gestalten die Orchester der Musikschule zusammen mit dem Brandenburgischen Konzertorchester Eberswalde sowie den in Kooperation mit der Musikschule geführten Streicherklassen der Goethe-Schule. Alle Eberswalderinnen und Eberswalder sind herzlich eingeladen.

Weiter gefeiert wird dann im September 2015 mit dem Jugendchor »Aves cantantes« der Musikschule. Gegründet im Jahr 1992 an der damaligen Musikschule Eberswalde gehen seine Ursprünge als Schulchor der Westendschule zurück bis in das Jahr 1965. Das Konzert zu diesem 50. Jubiläum findet am Sonntag, dem 20. September 2015 im Saal des Paul-Wunderlich-Hauses statt.

Anmerkung zum Beitrag auf Seite 14:
(Unser Autor veröffentlichte diese Erinnerungen erstmals in »Eberswalde 1945. Dokumente und Erinnerungen«, Heimatkundliche Beiträge Heft 3, Herausgeber: Stadt- und Kreismuseum Eberswalde, 1. Auflage 1995. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.)

Professor Unrat

Es gibt Professoren der Literaturwissenschaft, die in die Annalen ihres speziellen Fachgebiets eingegangen sind, indem sie unsere Kenntnis von Autoren und Werken bereicherten, neue Deutungen vorlegten, interessante Bezüge zwischen Texten und Sozialem ausmachten und Verdienste um die Bewahrung unseres kulturellen Erbes erwarben). Walter Jens, Hans Meyer, Hermann August Korff, Werner Mittenzwei...

Und es gibt Helmut Karasek.

Als beflissener Stuhlgangzähler Marcel Reich-Ranickis brachte er es zu einer gewissen Berühmtheit, kam aber aus der Rolle des Stichwortgebers, aus dem Fahrwasser des geistreich-eitlen Exilpolen nicht heraus.

Aber schon damals ließ er sich liebend gern in die Talkshows holen, litt (und leidet) er doch am gleichen Selbstwertdefekt wie etwa Norbert Blüm: Er schläft unruhig, wird zänkisch und unberechenbar und zeigt andere Symptome von Entzugerscheinungen, sofern er länger als sieben Tage weder Mikrofon noch Kamera auf sich gerichtet sieht. Gerüchte, er habe sich hin und wieder nicht nur aufgegrängt, sondern sogar zum Kauf angeboten, wurden weder bestätigt noch widerlegt.

Nun könnte (Konjunktiv) einer wie er trotz seines recht lädierten Rufs ja durchaus dafür taugen, die immer fader werdenden Quasselrunden wenigstens »ein Stück weit« auf ein erträgliches Niveau zu heben, er könnte Unruhe einbringen, provozieren oder wenigstens den größten Dummheiten widersprechen – zumal sein verstorbener Gönner Reich-Ranicki ihm vor Jahren ein Beispiel gab. Er hatte sich, wie erinnerlich, zu einer der groß aufgezogenen Glitzerveranstaltungen einladen lassen und erst im Laufe des Abends entdeckt, welcher Sorte von »Promi«-Fängern er auf den Leim gegangen war. Unter Verzicht auf eine ihm zugemutete Ehrung verließ er wütend den Bildschirm.

Der Bildschirm aber gerade ist es, zu dem Karasek ein geradezu höriges Verhältnis pflegt. Und er hat herausgefunden, wodurch er seine Dauerpräsenz aufrecht erhält. Aus der Professorenrolle ist er hinabgestiegen in die des spießigen Lustgreises. Als Fleisch gewordenes Weinaß läßt er sich anzapfen, und dann sprudelt es unbrembar aus ihm. Ein »Herrenwitz« (»Kommt ein Mann zum Arzt...«) folgt dem nächsten, Zote folgt auf Zote, von Bahnhofsklos abgekupferte Schweinigeleien nimmt er auf in sein »Programm«, und dann genießt er tiefenden Blicks die Beifälle des Quotenvolks.

Wen wunderte es, reihte er sich demnächst in die hoffnungslose Schar der Hodenfresser und Blutegellutscher ein? RTL sucht Opfer für die nächste »Staffel« des »Dschungelcamps«...

Dr. STEFFEN PELTSCHE

Völkerballturnier der Toleranz



Foto: Gerd Markmann

Eberswalde (bbp). Die Vorbereitungen für das 5. Völkerballturnier der Toleranz laufen auf vollen Touren. Inzwischen liegen von 11 Teams Zusagen beim Veranstalter, dem Beachhandballverein »Zonenboys Eberswalde« vor. Weitere haben ihr Interesse bekundet. Insgesamt liegt damit die Zahl der teilnehmenden Mannschaften auf dem Niveau der Vorjahre. In den Vorjahren konnten die Zonenboys das Turnier aus eigenen Mitteln realisieren. In diesem Jahr nehmen sie Förderungen in Anspruch. Zonen-

boypräsident Robin Mühlberg dankt ausdrücklich dem Kreissportbund, der Stadt Eberswalde – hier insbesondere der Sozialreferentin Barbara Bunge und dem Sachgebietsleiter für Jugend und Sport Rainer Pförtner –, dem Koordinator für Toleranz Kai Jahns sowie dem Stadtverordneten aus dem Brandenburgischen Viertel Carsten Zinn (ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE) für deren finanzielle und organisatorische Unterstützung. Mühlbergs Stellvertreter Mirko Wolfgramm wies darauf hin, daß auch das Demokratie-Mobil des »Toleranten Brandenburg« wie geplant vorbei kommen und mit Infomaterialien vor Ort sein werde.

Reisewarnung

In den ersten beiden Aprilwochen findet die EU-weite Polizeirazzia »Amberlight 2015« statt. Nationale Sicherheitsbeamte sowie Frontex-Polizisten suchen in dieser Zeit verstärkt nach Menschen ohne Aufenthaltsstatus. Betroffen sind vor allem Züge, Bahnhöfe, Flughäfen sowie Autobahnen und Grenzübergänge innerhalb der EU.

Initiative »Kein Mensch ist illegal!«

Wohnungsunterbringung

Potsdam (bbp). Beim 2. Asyl-Gipfel verständigte sich die Landesregierung, die Unterbringung von Migranten in Wohnungen dem Einpflegen in Massenunterkünften vorzuziehen. Im Rahmen der Novellierung des Landesaufnahmegesetzes soll es daher eine Investitionspauschale für Plätze in Wohnungen geben.

Öffentliche Rentensprechstunde

Die Renten bleiben ein brisantes Thema. Daher gibt es auch 2015 jeden zweiten Mittwoch im Monat, jeweils von 10 bis 13 Uhr, bei der Volkssolidarität in der Mauerstraße 17 (Richterplatz) in Eberswalde Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Der nächste Termin ist der 8. April.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

termine

Eberswalde

Di, 31.3., 18 Uhr Festkonzert zum 60jährigen Bestehen der Musikschule Barnim, Haus Schwärzetal, Weinbergstraße.

Mi, 1.4., 10 Uhr Saisonstart Familiengarten.

Ostermontag, 6.4., 10 Uhr Gedenken an B. Kapustin & J. Janow, Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft Eberswalde, Garnisionsfriedhof Westend, Heegermühler Straße.

Sa, 11.4., 10 Uhr 5. Völkerballturnier der Toleranz, Zonenboys Eberswalde e.V., Sporthalle Finowtal, Schorfheidestraße 30.

Sa, 18.4., 13 Uhr Kulturforum »Brauchen wir einen Kulturbeirat?« im Saal des BBZ Amadeu Antonio, Puschkinstraße.

Sa, 25.4., ab 10 Uhr Tag der Erneuerbaren Energie (näheres zeitnah in der Tagespresse).

Sa, 25.4., 15 Uhr Frühlingsempfang der Stadt Eberswalde. Veranstaltungen im »EnergieCampus« und entlang der »Erlebnisachse Schwärze« Schwappachweg/An der Zainhammer Mühle.

Joachimsthal

(Heidekrugsaal, Brunoldstraße 1)

Fr, 10.4., 20 Uhr Bluegrass mit Attila & Friends, Eintritt 10 Euro

Senftenhütte

(Kultur- und Bildungsverein Alte Schule)

Mi, 8.3., 19.30 Uhr Kino im Dorf: »Mr. May und das Flüstern der Ewigkeit«

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum+subscribe@googlegroups.com

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 26. März 2015

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 23. April 2015.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)